SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Die politische und wirtschaftliche Transformation in Belarus und Polen im Vergleich

Zagorovskaya, Olga

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Zagorovskaya, O. (2005). *Die politische und wirtschaftliche Transformation in Belarus und Polen im Vergleich.* (SCHIFF-texte, 79). Kiel: Schleswig-Holsteinisches Institut für Friedenswissenschaften -SCHIFF- an der Universität Kiel. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-218518

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

S C H I F F

Schleswig-Holsteinisches Institut für Friedenswissenschaften
an der Christian-Albrechts-Universität Kiel

SCHIFF-texte

Nr. 79

Olga Zagorovskaya

Die politische und wirtschaftliche Transformation in Belarus und Polen im Vergleich

SCHIFF-texte sind Veröffentlichungen des *SCHIFF/SHIP*. Sie werden jedoch von den Autorinnen und Autoren verantwortet und stellen – soweit nicht anders vermerkt – keine Äußerungen des Instituts oder seiner Gremien dar.

© bei den AutorInnen

ISSN 0948-1869

Kiel, Juli 2005

The Schleswig-Holstein Institute for Peace Research
at the Christian-Albrechts-University Kiel

S H I P

S C H I F F

Schleswig-Holsteinisches Institut für Friedenswissenschaften
an der Christian-Albrechts-Universität Kiel

Kaiserstr. 2 D-24143 Kiel,
Tel.: +49 - (0)431 / 880-6330, Fax: +49 - (0)431 / 880-6333
e-mail: schiff@schiff.uni-kiel.de
http://www.schiff.uni-kiel.de/

The Schleswig-Holstein Institute for Peace Research
at the Christian-Albrechts-University Kiel

S H I P

*Olga Zagorovskaya**

Die politische und wirtschaftliche Transformation in Belarus und Polen im Vergleich

Inhaltsangabe:

1.	**Einleitung**	5
2.	Belarus: Der Schatten der Sowjetunion	6
2.1	Entwicklungsetappen der Transformation in Belarus	6
2.2	Die Resowjetisierung des Wirtschaftssystems	10
2.3	Probleme beim Aufbau einer Zivilgesellschaft	13
2.4	Eine Zwischenbilanz des Systemwandels in Belarus	13
3.	**Polen: Der ausgehandelte Systemwechsel**	14
3.1	Entwicklungsetappen der Transformation in Polen	14
3.2	Wirtschaftstransformation	18
3.3	Zivilgesellschaft und Politische Kultur	20
3.4	Eine Zwischenbilanz der Transformation in Polen	20
4.	**Mögliche Einflussfaktoren auf die Transformation in Belarus und Polen**	21
4.1	Nationale Identität – eine wichtige Voraussetzung für Transformation	21
4.2	Systemwechsel ohne Elitenaustausch?	27
4.3	Vom Sozialismus zur Marktwirtschaft ohne marktwirtschaftliche Mentalität?	29
4.4	Internationale Integration oder Isolation?	32
5.	**Schlussbetrachtung**	35

Zusammenfassung

Der Beitrag zeigt anhand eines Vergleiches von Belarus und Polen, welche Faktoren für einen erfolgreichen Reformprozess von Bedeutung sind und warum infolgedessen einige Transformationsländer trotz weitgehend ähnlicher Ausgangsbedingungen wesentlich erfolgreicher diesen Prozess meistern als andere. Vier Faktoren erweisen sich als relevant: nationale Identität, Elitenwechsel, marktwirtschaftliche Mentalität sowie internationale Verflechtung.

Abstract

Comparing Belarus and Poland the article demonstrates which factors are of importance for a successful process of reform and consequently why some countries are more successful than others in coping with this process in spite of similar starting conditions. Four factors have proved as relevant: national identity, market mentality, change of elite, and international integration.

*) **Olga Zagorovskaya,** M.A., hat in Kiel Politikwissenschaft mit Öffentlichem Recht, Deutsche Literatur und Medienwissenschaft als Nebenfächer studiert. Von 2000 bis 2003 war sie als Studentische Hilfskraft am SCHIFF tätig. Der vorliegende Text basiert auf ihrer 2004 verfassten Magisterarbeit gleichen Titels, die jedoch im Unterschied zum vorliegenden Text auch ausführliche Erörterungen der transformationstheoretischen Literatur und zum methodischen Vorgehen umfasst.

1. Einleitung

Nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Herrschaft in der Sowjetunion und in ihrem Einzugsbereich konnten die Staaten in Mittel- und Osteuropa zum ersten Mal seit langer Zeit wieder über ihr Schicksal selbst bestimmen. Alle von den kommunistischen Einparteien-Diktaturen befreiten Länder strebten von Anfang an Demokratie und Marktwirtschaft an. Inzwischen sind dabei zahlreiche Schwierigkeiten zu Tage getreten. Es zeigt sich, dass Demokratisierungsprozesse, die nach dem Ende einer Diktatur entlang vorgezeichneter Bahnen verlaufen, nichts Selbstverständliches sind. Die Transformation kann für längere Zeit in einem Zwischenstadium stecken bleiben oder sogar zur Rückentwicklung in ein autoritäres Regime führen.

Nach über zehn Jahre Transformation existiert ein erhebliches Wohlstandsgefälle zwischen früheren sozialistischen Einheitsstaaten Mittel- und Osteuropas. Auf der einen Seite gibt es Musterschüler wie Ungarn, Estland oder Polen, die bereits hohe jährliche Wachstumsraten haben. Auch politisch entwickeln sich diese Staaten in Richtung auf stabile Demokratien nach westlichem Vorbild. Auf der anderen Seite herrscht in Ländern wie Moldawien, Ukraine oder Belarus immer noch eine schwere wirtschaftliche und politische Krise, für die kein schnelles Ende absehbar ist.

Abkürzungsverzeichnis

AWS	Wahlaktion Solidarität
BSSR	Belarussische Sozialistische Sowjetrepublik
DDR	Deutsche Demokratische Republik
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
KMU	Kleine und Mittlere Unternehmen
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
NGO	Nichtregierungsorganisation
NSZZ	Freie und Unabhängige Gewerkschaft
Solidarność	Solidarität
PSL	Polnische Bauernpartei
PZRP	Polnische Vereinigte Arbeitspartei
RSFSR	Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik
SD	Demokratische Partei
SdRP	Sozialdemokratie der Republik Polen
SLD	Allianz der Demokratischen Linken
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
ZSL	Vereinigte Bauernpartei

Offen ist, welche Faktoren in welcher Weise für die gewaltigen Unterschiede in diesen vormals in vielen Bereichen sehr ähnlichen Staaten verantwortlich sind. Es soll versucht werden, eine Antwort auf die Frage zu geben, warum es in manchen Ländern gelingt, entscheidende Reformmaßnahmen durchzuführen und in anderen nicht. Welche politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kräfte haben den Reformprozess positiv oder negativ beeinflusst?

In dieser Arbeit soll anhand eines Vergleiches zweier Transformationsstaaten versucht werden einer Beantwortung dieser Frage näher zu kommen. Diese Länder sollten sich anhand des tatsächlichen Erfolges ihrer Reformen, möglichst deutlich unterscheiden, um einen sinnvollen Vergleich zu erlauben. Gleichzeitig sollten die Ausgangsbedingungen beider Staaten möglichst homogen in bezug auf solche Faktoren wie die geographische Lage, den Zeitpunkt des Beginns der Transformation, ethnische Konflikte und die vortransitive Wirtschaftsstruktur sein.

Aus diesen Gründen bietet es sich hier an, die beiden benachbarten Länder Belarus und Polen für einen solchen Vergleich auszuwählen. Polen gilt gemeinhin als einer der Transformationsstaaten Mittel- und Osteuropas, der viele Fortschritte durch Reformen erreichen konnte. Davon kann im Fall von Belarus nicht die Rede sein, das mittlerweile häufiger als Synonym für Reformunfähigkeit genannt wird.

Der Aufbau der Länderbeiträge ist gleichartig: Am Anfang steht jeweils die Vorgeschichte der Wende, es folgen der eigentliche Umbruch und eine Skizzierung der Konzepte und des Verlaufs des Transformationsprozesses bis heute. Der abschließende Teil bildet ein Resümee, welches versuchen soll, mögliche Einflussfaktoren auf die Wandlungsprozesse in Belarus und Polen anhand konkreter Beispiele zusammenzufassen.

2. Belarus: Der Schatten der Sowjetunion

> *"Alle drei Zweige der Staatsmacht – der legislative, der exekutive und der judikative – wachsen aus einem Stamm. Und dieser Stamm ist das Staatsoberhaupt".*[1]

Belarus gehört zu den Schlusslichtern des osteuropäischen Umbruchs. Wie die nachfolgende Untersuchung zeigen soll, haben die belarussische Gesellschaft und ihre Eliten bisher sehr zurückhaltend und orientierungslos auf den Untergang der Sowjetunion reagiert und sich von der sowjetischen Vergangenheit nur in Ansätzen distanziert.

2.1. Entwicklungsetappen der Transformation in Belarus

In Belarus war der Entwicklungsstand in den 80er Jahren relativ fortgeschritten. Bis in die zweite Hälfte der 80er Jahre wurde kaum von einer fundamentalen Krise des sozialistischen Systems in der belarussischen Sowjetrepublik (BSSR) gesprochen. Mit dieser Ausgangslage trat der Staat in die Umbruchsphase.

Die politische Führung des Landes basierte auf der kommunistischen Partei (KPB), die in der Nachkriegszeit zu den konservativsten innerhalb der Sowjetunion zählte und nie mit eigenständigen Reformenbestrebungen hervorgetreten war.[2]

---

1) Der belarussische Präsident Alexander Lukaschenka, zitiert nach: Ergebnisse und Lehren der Parlamentswahlen, in: Wostok 1996, Nr. 2, S. 9.

2) Büscher, Klemens: Weissrussland, in: Weidenfeld, Werner (Hg.): Demokratie und Marktwirtschaft in Osteuropa: Strategien für Europa. Bonn 1995, S. 405 – 419, hier S. 407.

Gleichzeitig verfügte die sogenannte Partisanenfraktion der KPB in den Augen der Bevölkerung über eine gewisse nationale Legitimität. Es handelte sich dabei in dem Sinne um eine "nationale" kommunistische Elite, die aus den führenden Rängen der Partisanenbewegung gegen das nationalsozialistische Besatzungsregime aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs entstammte.[3]

Bis in die zweite Hälfte der 80er Jahre hinein fehlten in der BSSR jegliche Anzeichen einer Opposition, die die Legitimität der kommunistischen Partei in Frage gestellt hätte. Anders als in den sowjetischen und osteuropäischen Nachbarländern waren weder in den 70er noch in den 80er Jahren über Einzelpersonen hinaus Menschenrechtsgruppen aktiv. Zum einen hing dies damit zusammen, dass die Republikführung jeweils frühzeitig mit repressiven Mitteln einschritt, wenn sich eine unabhängige Bewegung herausbildete. Zum anderen vermochte sich eine intellektuelle Gegenkraft zur Partei nicht etablieren – vor allem weil sie schwach verankert war in einer Gesellschaft, die angesichts der Erfolge der sowjetischen Modernisierung keine Symptome einer Krise verspürte. Zudem gab es in der BSSR nur eine sehr junge, naturgemäß schwache Intelligenzschicht.[4]

Die Unabhängigkeit des Landes ist dementsprechend in erster Linie das Ergebnis des missglückten Putschversuches vom August 1991. Die Führung in Minsk wählte den alternativlosen Weg in die Unabhängigkeit. Auch im Herbst 1991 gehörte Belarus zu den Kräften, die den Aufbau neuartiger Unionsstrukturen unterstützte, was letztlich zur Gründung der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) führte.

Das politische Spektrum in Minsk ist seither geprägt von der Dominanz reformfeindlicher Altkommunisten.[5] Die Wahlen zum 12. Obersten Sowjet der BSSR brachten einen Generationswechsel – 90 Prozent aller gewählten Abgeordneten hatten vorher keinem Obersten Sowjet angehört – ohne dass sich innenpolitisch etwas veränderte. Die belarussische Volksfront, die 1989 gegründet wurde und seit diesen "vierteldemokratischen Parlamentswahlen"[6] im Minsker Obersten Sowjet vertreten war, konnte kaum eine wirksame Opposition bilden.

Das Organisationskomitee der Volksfront konstituierte sich anlässlich der Gründung der Gesellschaft "Martyralon Belarusi" (1988), um die Verbrechen der Stalinzeit aufzuklären. Damit wurde die antikommunistische Krisenstimmung gesellschaftlich nicht breit multipliziert, und eine zivile Gesellschaft, die darauf bauen konnte, formierte sich nur in Ansätzen. Mobilisierende Elemente der nationalen Wiedergeburt, an die man antisowjetische Kritik und nationale Identität zu koppeln suchte, waren vor allem "die historischen weißrussischen Vernichtungserfahrungen [...] in Form von Enthonozid, Genozid und Ökozid"[7] - Russifizierung, die

3) Von Werdt, Christophe: Belarus und die Gegenwart der Sowjetunion, in: Ein historischer Vergleich, in: a. a. O., S. 286.

4) Ebenda, S. 289ff.

5) Vgl. Büscher, Klemens: Weißrussland, a. a. O., hier S. 411ff.

6) Bei der Wahl wurde nur ein Viertel der Parlamentssitze frei gewählt. Der Rest wurde von den Kommunisten per Liste besetzt.

7) Sahm, Astrid: Die weißrussische Nationalbewegung nach der Katastrophe von Tschernobyl (1986 – 1991), Münster 1994, S. 55.

stalinistischen Repressionen und die Katastrophe von Tschernobyl. Die Bewegung schrieb sich Demokratie, politische und Menschenrechte auf ihre Fahnen. Zu ökonomischen und sozialen Fragen bezog sie keine Position.

Die Konzentration des Volksfrontprogramms auf nationale Fragen machte es nach einem Anfangserfolg schwierig, außerhalb von Minsker Intellektuellenkreisen eine wirkliche Basis heranzubilden. Zudem radikalisierte sich zunehmend die Bewegung unter der Führung Poznjak[8], der wegen seiner kompromisslosen Art zu den unbeliebtesten Politikern gehörte.

Trotz mancher dem Zeitgeist folgenden Bemühungen in Richtung Demokratie und Marktwirtschaft verstand es die belarussische Regierung unter Ministerpräsident Wjatscheslau Kebitsch bestehende Strukturen und Machtverhältnisse weitgehend zu konservieren sowie oppositionelle Kräfte durch Behinderung zu schwächen. An die Stelle eines politischen Konzeptes trat der Versuch, Machtpositionen zu verteidigen und politische Gegner an den Rand zu drängen. Prominentes Opfer der Machtelite war der gemäßigt reformbereite Stanislau Schuschkewitsch, der im Januar 1994 aus seinem Amt als Parlamentsvorsitzender und Staatsoberhaupt gedrängt wurde.[9]

Die neue Verfassung vom März 1994, die gegen die Stimmen der Opposition beschlossen wurde, etablierte ein Präsidialsystem. Der Präsident ist in diesem neuen politischen System des Landes sowohl Staatsoberhaupt als auch Leiter der Exekutive und Oberbefehlshaber der Streitkräfte. In seine Kompetenz fällt die Nominierung der wichtigsten Minister, des Zentralbankchefs und der obersten Richter. Die oppositionelle Volksfront befürchtete in dieser Konstellation eine zu große Machtfülle für den Präsidenten und sah in einzelnen Bestimmungen des Wahlgesetzes eine Bevorzugung des von der Parlamentsmehrheit unterstützten Regierungschefs und Präsidentschaftskandidaten Kebitsch.

Die ersten Präsidentschaftswahlen im Sommer 1994 überraschten allerdings sowohl die Opposition als auch Kebitsch. Die Bevölkerung erteilte allen politischen Kräften eine Absage und wählte mit überwältigender Mehrheit von 80 Prozent der Stimmen den ehemaligen Sowchosendirektor Alexander Lukaschenka[10] zum Präsidenten. Angesichts der Widersprüchlichkeit seines Programms, das vielen Wählern nicht einmal bekannt war, lassen sich folgende Wahlmotive ableiten:

---

8) Poznjak bezeichnete die identitätslose belarusische Gesellschaft als "geistiges Tschernobyl". Vgl. Buchovec, Oleg / Furman, Dmitrij: Belorusskoe samosoznanie i belarusskaja politika, in: Svobodnaja mysl, 1996, Nr. 1, S. 57 – 75, hier 63ff.

9) Vgl. Timmermann, Heinz / Hoff Magdalena: Belarus in der Krise. Die "Partei der Macht" drängt auf Rückwendung nach Russland, in: Osteuropa, 1994/8, S. 723 – 742.

10) Aljaksandr Lukaschenka, 1954 geboren im östlichen Teil von Belarus, ließ sich am pädagogischen Institut von Mahileu zum politisch-ideologischen Instruktor ausbilden. Diese Funktion übte er in der Armee, im Komsomol, in der Wirtschaft sowie in einer Kolchose aus, bevor er ab 1988 als Direktor einer Sowchose vorstand. Dank dieser Karriere hat er den geschulten Blick für die Anliegen des einfachen Volkes. Seit 1990 saß Lukaschenka im Obersten Sowjet der Republik und hatte sich als Vorsitzender der Antikorruptionskommission zum Feinden der Nomenklaturaelite und zum Helden der Bevölkerung gemacht. Vgl. Von Werdt, Christophe: Belarus und die Gegenwart der Sowjetunion, a. a. O., S. 315ff.

- Die Unzufriedenheit mit den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen hat zu einem totalen Vertrauensverlust gegenüber der Politik geführt, von dem auch die Opposition betroffen war.
- Inhaltlich zeugt der Wahlausgang vom Wunsch der belarussischen Bevölkerung, eine engere Beziehung zu Russland einzugehen. 23 Prozent der Stimmen entfielen auf die beiden Kandidaten Schuschkewitsch und Paznjak, die für die Konsolidierung der Unabhängigkeit des Landes eintraten.[11]

Die bisherige Regierungszeit Lukaschenka lässt sich am besten mit dem Begriff der "Verstaatlichung der Gesellschaft" beschreiben. Dabei verfolgt der belarussische Präsident das Ziel, die von der ursprünglichen Verfassung vorgesehenen nicht-präsidialen Strukturen zu schwächen.[12]

Zum ersten Mal seit der Unabhängigkeit wurde 1995 ein Parlament mit 198 Abgeordneten gewählt. Mit 48 Prozent bildeten dabei die Parteilosen den größten Block, gefolgt von den Kommunisten und den Agrariern, die zusammen 38 Prozent der Sitze erhielten. Insgesamt waren in diesem Parlament 139 Abgeordnete von Lukaschenka abhängig, entweder direkt als Mitarbeiter der Präsidialverwaltung oder indirekt als Mitarbeiter anderer staatlicher Institutionen sowie der Sicherheitsorgane, als Direktoren von Sowchosen und Staatsunternehmen. Die oppositionelle Volksfront hatte keinen Sitz bekommen, andere demokratische Kräfte verfügten zusammen nur über 28 Mandate.[13]

Der Präsident hatte keine Möglichkeit ausgelassen, um zu verhindern, dass ein parlamentarisches Gegengewicht zur Exekutive entstand: Er ließ alle Parteien neu registrieren; die staatlich kontrollierten Medien thematisierten die Wahlen kaum; das Budget der Kandidaten, um eine Kampagne zu führen, beschränkte er auf eine sehr geringe Summe.[14] Vor allem aber schränkte er die Befugnisse der Parteien durch das Volksreferendum. Der Präsident griff erstmals auch im Zusammenhang mit den Wahlen auf das Instrument des Volksreferendums zurück. Er wollte damit seine "politische Richtung vom Volk bestätigen lassen"[15]. Das Referendum reorientierte die belarussische Gegenwart programmatisch zurück in die sowjetische Vergangenheit: Russisch wurde mit Belarussisch als Staatsprache gleichgestellt, man führte fast unverändert die Staatssymbolik der BSSR wieder ein, votierte für die wirtschaftliche Integration mit Russland und für das Recht des Präsidenten, das Parlament aufzulösen.[16]

---

11) Vgl. Büscher, Klemens: Weißrussland, a. a. O., S. 413.

12) Von Werdt, Christophe: Belarus und die Gegenwart der Sowjetunion, a. a. O., S. 316ff.

13) Ebenda, S. 317.

14) Vgl. Sadouski, Pjotr: Eine vogelfreie Opposition, in: Wostok 1997, Nr. 2. S. 41 – 44, hier 41.

15) Von Werdt, Christophe: Belarus und die Gegenwart der Sowjetunion, a. a. O., S. 319.

16) Im Referendum stimmten 83,3 Prozent für die Gleichstellung des Russischen mit dem Belarussischen, 75,1 Prozent für eine Rückkehr zu den sowjetischen Staatssymbolen, 83,3 Prozent für die wirtschaftliche Integration mit Russland und 77,7 Prozent für das Recht des Präsidenten zur Parlamentsauflösung. Vgl. Förster, H. Linus: Wahlen im Transformationsprozess der Republik Belarus, in: Ziemer, Klaus (Hg.): Wahlen in postsozialistischen Staaten, a. a. O., S. 29 - 57, hier. S. 41.

Nach dem Referendum im November 1996 wurde das Parlament von Lukaschenka entmachtet und das neue Zweikammerparlament von seiner Administration mit ausgewählt. Damit wurde dem Präsidenten unter Bruch der Verfassung eine kaum beschränkte Macht verliehen. Besonders deutlich drückt dies Artikel 79 der belarussischen Verfassung aus: "Der Präsident verkörpert die Einheit des Volkes [...]"[17].

Zur Realisierung seiner Politik stützt sich Präsident Lukaschenka auf die Präsidialadministration, die Sicherheitskräfte und auf die sogenannte präsidiale Vertikale. Der Präsidialapparat dupliziert die Funktionen des Ministerrates und kontrolliert die staatliche Administration. Der Sicherheitsapparat, der dem Präsidenten untersteht, ist zu einer Größe ausgebaut worden, die diejenige der Armee bei weitem übersteigt. Diese Apparate werden aus dem Präsidialfonds[18] finanziert. Dabei hat Lukaschenka seine direkten Repräsentanten – sogenannte präsidiale Vertikale – ernannt. So wurde die Kontrolle auch unterhalb der zentralen Ebene gesichert. Die alten sowjetischen Strukturen werden praktisch von dem Präsidenten und seinem Apparat widerspiegelt.[19]

Trotz dieser Schwierigkeiten bildete sich die Opposition heraus, die gegenwärtig aus drei Formationen besteht: die Koalition "Fünf plus" (Volksfront, Vereinigte Bürgerpartei, Belarussische Partei der Arbeit, Belarussische Sozialdemokratische Gramada, Reformkommunisten), die Europäische Koalition "Das Freie Europa" (Belarussische Sozialdemokratische Narodnaja Gramada, Frauenpartei Nadeshda) sowie die Parlamentariergruppe "Respublika".[20]

Im Oktober 2004 hat der belarussische Präsident ungeachtet des Protests des Westens gleichzeitig mit den Parlamentswahlen erfolgreich ein Verfassungsreferendum durchgeführt. Dieses hat ihm ermöglicht, bei den nächsten Präsidentschaftswahlen ein drittes Mal zu kandidieren. Die Opposition bleibt weiterhin aus den politischen Institutionen ausgeschlossen.[21]

2.2. Die Resowjetisierung des Wirtschaftssystems

Obwohl die Wirtschaft der BSSR nach dem Zweiten Weltkrieg keinen so schnellen Aufschwung nahm, wie von der sowjetischen Propaganda behauptet wurde, müssen auch Skeptiker einräumen, dass sich Belarus in der Nachkriegszeit zu einem der fortschrittlichsten ökonomischen Zentren der Sowjetunion entwickelte.[22] In den 80er Jahren gehörte die BSSR zu den prosperierendsten Republiken der

17) Zum Text der Verfassung vgl. Förster, Heinrich L.: Die "neue" Verfassung der Republik Belarus: Normative Grundlagen für die Alleinherrschaft Lukaschenka´s, in: Osteuropa 1997/12, S. A499-A508.

18) Es fehlen Daten, aus welchen Mitteln der Präsidialfonds besteht.

19) Vgl. Timmermann, Heinz: Belarus: Eine Diktatur im Herzen Europas? In: BIOSt 1997, Nr. 10, S. 16.

20) Vgl. Timmermann, Heinz: Die Republik Belarus, in: Piehl, Ernst / Schulze, Peter W. / Timmermann, Heinz (Hg.): Die offene Flanke der Europäischen Union, S. 270ff.

21) Vgl. Sahm, Astrid: Nach der Wahl ist vor der Wahl, in: Osteuropa 2005/1, S. 77ff.

22) Vgl. Zaprudnik, Jan: Belarus: At a Crossroads in History, Boulder, Colo 1993, S. 112 – 116.

Sowjetunion, sowohl bezüglich der industriellen als auch der agrarischen Produktionsentwicklung. Die jährlichen Wachstumsraten des Sozialproduktes lagen während des Jahrzehnts vor dem Untergang der Sowjetunion nach den sowjetischen Statistiken durchschnittlich um 1,5 Prozent über jenen der russischen Sowjetrepublik (RSFSR) und 1,7 über jenen der Ukraine.[23] Die BSSR galt in den Augen der sowjetischen Schwesterrepubliken – nach den baltischen Staaten - als eine Oase.[24]

Einheimische Analytiker stimmen darin überein, dass sich das sowjetische System in der BSSR in den 80er Jahren noch nicht am Ende seiner Leistungs- und Innovationskraft befand. Dabei hatte sich die belarussische Gesellschaft von einer agrarischen zur einer urbanisierten Gesellschaft gewandelt. Auch das höhere Bildungswesen entwickelte sich beschleunigt, so dass die BSSR gemessen am Anteil der Studierenden an der Gesamtbevölkerung innerhalb der Sowjetunion nach dem elften Platz (in den 50er Jahren) schließlich den zweiten Platz (in den 80er Jahren) nach der RSFSR einnahm. Die Reformpolitik der Perestrojka traf damit in Belarus eine Republik an, die sich noch im Aufwärtstrend der sowjetischen Modernisierung befand, zu einer Musterrepublik des entwickelten Sozialismus sowjetischer Prägung geworden war und kaum Krisenzeichen zeigte.

Die Regierung Kebitsch (1990 – 1994) war nicht daran interessiert, eine tatsächliche Reformenpolitik umzusetzen und eine Konkurrenzwirtschaft aufzubauen. Sie hat aber dazu beigetragen, dass sich eine Schattenwirtschaft durchsetzte. Dabei blieb das Staatsmonopol erhalten und die Ressourcen wurden weiterhin staatlich zugeteilt, wobei gleichzeitig die staatlichen Finanzströme über private kommerzielle Firmen der "roten Direktoren"[25] liefen. Im Rahmen der Nomenklatura-Privatisierung[26] überführte man rentable staatliche Betriebe kleinerer Größe in den Privatbesitz der alten kommunistischen Elite. Langfristig hat einzig diese Schicht

23) Official Statistics of the Commonwealth of Independent States, 1997, 2. Ed. By Interstate Statistical Committee of the Commonwealth of Independent States, Moscow 1997, zitiert nach Von Werdt, Christophe: Belarus und die Gegenwart der Sowjetunion, a. a. O., S. 287. Die Tatsache, dass die Belarussen 1991 – noch vor den großen Inflationsschüben der 90er Jahre – nur 35,7 Prozent ihres Haushaltsbudgets für die Ernährung ausgaben, während dieser Anteil in der Russischen Föderation bei 38,4 lag, weist Belarus als eine der Republiken mit dem höchsten Lebensstandard aus, direkt nach den baltischen Staaten. Den relativen Wohlstand verdankte die BSSR nicht zuletzt der Tatsache, dass sie zu den Nettoprofiteuren des sowjetischen Binnenhandels gehörte, vor allem weil Russland Gas- und Erdöl verbilligt lieferte. Vgl. Dabrowski, Marek / Antczak, Rafael: Economic Transition in Russia and the new States of Eurasia. New York 1996, S. 42ff.

24) Vgl. Abecedarskaja, A. L.: Historyja Belarusi, Minsk 1997, S. 444ff., zitiert nach Von Werdt, Christophe: Belarus und die Gegenwart der Sowjetunion, a. a. O., S. 288.

25) Die Vertreter der alten kommunistischen Elite.

26) Da erst ungefähr 10 Prozent der Arbeitnehmer in privaten Unternehmen angestellt sind und die Privatwirtschaft nur einen Anteil von 15 bis höchstens 25 Prozent am BIP erbringt, handelt es sich allerdings im osteuropäischen Gesamtvergleich erst um eine wenig erfolgversprechende Perspektive. Vgl. Transition report, 1997: Reformbericht Osteuropa, Baltikum, GUS, Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (Hg.), Bonn 1997, S. 228ff., zitiert nach Von Werdt, Christophe: Belarus und die Gegenwart der Sowjetunion, a. a. O., S. 311.

die Aussicht, eigene Interessen zu artikulieren, da ansonsten keine sozial differenzierten gesellschaftlichen Interessengruppen entstanden.[27]

In den Jahren 1993–1994 folgte die Republik Belarus den osteuropäischen Nachbarstaaten auf dem Weg der ökonomischen Krise. Die Verbraucherpreise kletterten in die Höhe, nachdem die Regierung sie freigegeben hatte, und das Bruttosozialprodukt begann massiv zu schrumpfen. Die Wirtschaft brach aufgrund verschiedener Faktoren zusammen: Zum einen wurde der Staatshaushalt mit neuen Ausgaben belastet, die dazu dienten, die Folgen der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl zu beseitigen. Diese Aufwendungen hatte bisher zu einem großen Teil das Unionsbudget bestritten, jetzt machten sie fünfzehn bis zwanzig Prozent des Republikbudgets aus. Zum anderen war die belarussische Wirtschaft strukturell stark auf den russischen Markt ausgerichtet, sowohl im Importbereich (Energieträger, Rohstoffe, Vorprodukte) als auch für den Export ihrer Produkte. Nachdem Russland gegenüber Belarus im Außenhandel dazu übergangen war, die Import- und Exportströme nach höheren Auslandspreisen zu verrechnen, verteuerten sich die Waren im Inland und die Konkurrenzfähigkeit der belarussischen Exportprodukte ließ nach. Damit hörte Russland faktisch auf, die Nachbarrepublik zu subventionieren, was bisher zwischen neun und zwölf Prozent des belarussischen Bruttoinlandsproduktes ausgemacht hatte. Die belarussische Regierung hatte es versäumt, durch entsprechende Reformschritte das Land auf die veränderte wirtschaftliche Situation vorzubereiten. So veranlasste die Wirtschaftskrise die belarussische Nomenklatura, sich von der bisherigen vorsichtigen Souveränitätspolitik abzukehren.[28]

Im Juli 1992 unterzeichneten die Regierungen von Belarus und Russland verschiedene Abkommen – vorwiegend militärischen und wirtschaftlichen Inhalts – die beabsichtigten, die beiden Länder "zu reintegrieren und einen gemeinsamen sozialen, ökonomischen und politischen Raum wiederherzustellen"[29]. Später unterstützte Belarus es zudem, innerhalb der GUS eine einheitliche Rubelzone und eine Währungsunion zu schaffen, und unterzeichnete schließlich im April 1994 ein Abkommen mit der Russischen Föderation, das eine bilaterale Währungsunion in Aussicht stellte.[30] Auf beiden Seiten der Grenze spielten die Interessen der Wirtschaft eine wichtige Rolle: Der russische Außenhandel ist an günstigen Bedingungen durch den belarussischen Transitkorridor nach Westeuropa interessiert; Belarus ist von günstigen russischen Energielieferungen abhängig. Vor diesem Hintergrund setzen die späteren Initiativen "Rückkehr nach Russland" unter der Präsidentschaft Lukaschenka einen schon früher eingeschlagenen Weg fort.

Im Vergleich zu den sehr zögerlichen Reformschritten der Kebitsch-Regierung war Lukaschenka als Gegner der Marktwirtschaft angetreten. Seit dem Jahr 1995 ist

27) Vgl. Tschernov, Viktor: Priroda politicheskogo rezhima v Belarusi i perspektivy ego transformacii, in Belarus Monitor, specyalnyj vypusk, 1997/2, S. 64 - 85, hier 68ff.

28) Vgl. Von Werdt, Christophe: Belarus und die Gegenwart der Sowjetunion, a. a. O., S. 312.

29) Ebenda, S. 313.

30) Die russische Regierung verschob diese Übereinkunft mit dem Argument, dass sie ohne wirtschaftliche Reformen in Belarus nicht realisiert werden könne.

Belarus stufenweise zum sowjetischen System der Planwirtschaft zurückgekehrt, wobei sich Präsidialadministration und Regierung mit Anweisungen, Produktionsvorgaben und Lohnvorschriften direkt in das ökonomische Geschehen einschalten und die Kontrolle über die Wirtschaft vollständig an sich ziehen. Diese Politik trägt den offiziellen Titel "Marktsozialismus"[31]. Das unzulängliche Privatisierungsprogramm der Regierung Kebitsch wurde aufgegeben und der nichtstaatliche Sektor zusätzlich geschwächt. Staatliche Subventionen und billige Zentralbankenkredite versetzten die Volkswirtschaft in einen Zustand, in dem sie statistisch wuchs.[32] Inflation, Währungsverfall, Rationierungen und Schwarzmarkt waren die Folge.[33]

2.3. Probleme beim Aufbau einer Zivilgesellschaft

Die belarussische Gesellschaft transformiert sich insgesamt sehr langsam. Unabhängige Medien, die ohnehin nur einen beschränkten Kreis der Bevölkerung erreichen, werden durch Zensur und administrative Druckmittel eingeschränkt. Die "Propaganda des menschlichen Gewissens, der Anständigkeit, der Pflicht sowie der Verantwortung für Volk und Vaterland"[34] sind erneut die Hauptaufgabe der Medien, was dem sowjetisierten Vorbild entspricht. Gesellschaftliche Organisationen sind finanziell vom Staat abhängig, dabei haben Präsidialdekrete die Tätigkeit freier Gewerkschaften sowie das Streik- und Demonstrationsrecht praktisch ausgesetzt.[35] Dafür hat aber die Präsidialadministration eine Jugendorganisation nach dem Vorbild des früheren Komsomol ins Leben gerufen, die "die Treue des Präsidenten unter den Jugendlichen fördern und als verlängerter Arm des Staates funktionieren soll"[36].

Trotz der staatlichen Unterdrückungspolitik etwa durch Kündigung von Mietverträgen, Umregistrierungsverfahren, willkürliches Sperren von Konten sowie Drohungen und Geldstrafen gegenüber Aktivisten hat sich in den letzten Jahren ein sichtbarer NGO-Sektor entwickelt.[37] Es sind vor allem zwei soziale Gruppen, die über ein Oppositionspotential verfügen: unabhängige Unternehmerverbände und die studentische Jugend, die nicht durch die Erfahrungen des Sowjetsystems geprägt sind. Sie haben sich besonders bemerkbar gemacht, indem sie mehrere Tausend Menschen auf die Minsker Straßen gebracht haben, die gegen die Unionsverträge

---

31) Vgl. Timmermann, Heinz: Belarus: Eine Diktatur im Herzen Europas? a. a. O., S. 22ff.

32) Im Jahre 1997 war der Zuwachs des Bruttosozialproduktes zehn Prozent, im Jahre 1998 – zwölf Prozent. Vgl. Kieler Kurzbericht aus dem Institut für Weltwirtschaft, 1997/9 und 1998/23, zitiert nach Von Werdt, Christophe: Belarus und die Gegenwart der Sowjetunion, a. a. O., S.321.

33) Vgl. Von Werdt, Christophe: Belarus und die Gegenwart der Sowjetunion, a. a. O., S. 320ff.

34) Sahm, Astrid: Rückkehr zur "Vendée der Perestrojka"? Zum gespannten Verhältnis von Exekutive und Medien in Belarus im Jahre 1995. in: Osteuropa 1996/9, S A441 – A453, hier S. A448.

35) Vgl. Kötschau, Gabriele: Parteien in Belarus unter Druck des Präsidenten, in: Wostok 1997/ 3, S. 13

36) Von Werdt, Christophe: Belarus und die Gegenwart der Sowjetunion, in: Ein historischer Vergleich, in: a. a. O., S. 325.

37) Im Jahre 1999 waren über 2.500 NGOs offiziell registriert. 57 Prozent der NGOs befinden sich in Minsk, besitzen aber zum Teil lokale Büros in den Regionen. Vgl. Sahm, Astrid: Gesellschaft als eine eigenständige Veranstaltung, in: Osteuropa 2004/2, S. 96 – 111.

mit Russland protestierten. Diese Kreise regten im November 1997 an, nach dem Vorbild der tschechischen Charta 77 die Charta 97[38] zu gründen, die sich aktiv für die Menschenrechte in Belarus einsetzt.

2.4. Eine Zwischenbilanz des Systemwandels in Belarus

Die belarussische Transformation hat eine ihr eigene Entwicklung genommen. Sie ist von den folgenden Merkmalen geprägt:

- Mit Ausnahme einer relativ kleinen, belarussisch-national orientierten Intelligenzschicht konnte sich die belarussische Gesellschaft nicht als aktiver zivilgesellschaftlicher Akteur etablieren.
- Die neu-alte Nomenklatura des Landes ist von den sowjetischen Traditionen stark geprägt und hat die neuen Chancen - dem unabhängigen Staat ein neues Profil zu verleihen – nicht genutzt.
- Als die wirtschaftliche und soziale Krise zunahm, konnte sich eine autoritär-populistische politische Kraft mit dem Präsidenten Lukaschenka an der Spitze etablieren. Das Programm der heutigen Regierung besteht wesentlich darin, zum Staatspaternalismus und kulturellen Orientierungsrahmen der Sowjetunion zurückzukehren.[39]

Vor diesem Hintergrund lässt sich feststellen, dass die politische und wirtschaftliche Transformation in Belarus mit den ersten Präsidentschaftswahlen 1994 letztlich gestoppt wurde.

3. Polen: Der ausgehandelte Systemwechsel

Die polnische Transformation ist im Wesentlichen positiv zu betrachten, obwohl das Land unmittelbar nach 1989 für viele Beobachter als problematischer Reformkandidat galt. Ein paar Jahre später zählte Polen jedoch zu den erfolgreichen mittel- und osteuropäischen Reformstaaten.

3.1. Entwicklungsetappen der Transformation in Polen

Die polnische Vorgeschichte der Wandlung reicht weiter als in den anderen sozialistischen Staaten zurück. Vor allem die blutigen Aufstände von 1970 und 1976 hatten zur Organisation der späteren Massenprotesten beigetragen.[40] Schon im Jahre 1980 wurde die Gewerkschaft Solidarność - eine unabhängige, selbstverwaltete Berufsvereinigung "Solidarität" - gerichtlich registriert und somit offiziell als

38) Vgl. www.charter97.org

39) Vgl. Von Werdt, Christophe: Belarus und die Gegenwart der Sowjetunion, a. a. O., S. 328.

40) Vgl. Imhof, Lukas: Polen und das Phänomen Solidarność, in: Goehrke, Carsten / Gilly, Seraina (Hg.) Transformation und historisches Erbe in den Staaten des europäischen Ostens, a. a. O., S. 529 - 599, hier S. 541ff.

legale Organisation anerkannt. Sie besaß bereits zu diesem Zeitpunkt mehrere Millionen Mitglieder. Die Unabhängigkeit der Gewerkschaft bezog sich auf das Verhältnis zum Staat und damit durchbrach sie das kommunistische Organisationsmonopol. "Solidarność" entwickelte sich zu einem mächtigen und einflussreichen zivilgesellschaftlichen Akteur. Daneben hatte sich die katholische Kirche bereits Jahrzehnte vorher zu einem regimeunabhängigen Akteur entwickelt. Die Existenz solch eigenständiger Akteure war im gesamten von der Sowjetunion beherrschten östlichen Block einmalig.

Polen gilt auch als Paradebeispiel für "einen ausgehandelten Systemwechsel"[41]. Schon im Herbst 1988 fanden die ersten entscheidenden Verhandlungen am "Runden Tisch"[42] statt. Sowohl auf Seiten des Regimes als auch der Opposition verhandelten die moderaten Kräfte, die schließlich einen Kompromiss erzielten. Ein semipräsidiales Regierungssystem wurde etabliert, damit wurden Kompetenzen von der Partei auf den Staat verlagert. Der bisherigen Regierungskoalition aus der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PZRP), der Vereinigten Bauernpartei (ZSL) und der Demokratischen Partei (SD) wurden 65 Prozent der 299 Sitze im Sejm garantiert. [43]

Beim ersten "Runden Tisch" wurde der Kompromiss nicht zuletzt dadurch gefunden, dass beide Akteure ihre Machtchancen falsch einschätzten. Das Regime hatte seine Macht und die Möglichkeiten, sein Konzept eines begrenzten Regimewandels durchzusetzen, überschätzt.[44] Die bisherige Opposition dagegen hatte ihre eigene Macht, insbesondere ihren Rückhalt in der Bevölkerung, unterschätzt. Allerdings begünstigte auch die internationale Lage in dieser Zeit einen solchen Kompromiss.[45]

Die Einstimmigkeit dauerte aber nicht lange: Die Wähler wollten keine Machtteilung, sondern die sofortige Beendigung der Macht der Kommunisten. Deren Partei – die PZRP – erlitt bei den ersten halbfreien Wahlen im Juni 1989 eine Niederlage. Dies hat für die Bildung der nichtkommunistischen Regierung Mazowiecki im September 1989, beigetragen. Allerdings verkörperte diese Regierung immer noch eine Art Machtteilung zwischen dem altem Regime und der bisherigen Opposition: In ihr war die PZRP formell zwar nicht mehr vertreten, wichtige Posten (Vizepremier, Verteidigung, Inneres) waren aber mit PZRP-Mitgliedern besetzt.[46]

---

41) Beyme, Klaus von: Systemwechsel in Osteuropa, Frankfurt am Main 1994, S. 176.

42) Vgl. Kundigraber, Claudia: Polens Weg in die Demokratie. Der Runde Tisch und der unerwartete Machtwechsel, Göttingen 1997, 38ff.

43) Vgl. Ziemer, Klaus: Wahlen im postsozialistischen Polen, in: Ziemer, Klaus (Hg.): Wahlen in postsozialistischen Staaten, Opladen 2003, S. 155 – 189, hier. S. 157.

44) Vgl. Merkel, Wolfgang: Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, a. a. O., S. 413.

45) Die Sowjetunion unter Gorbaschow hatte die Brehsnew-Doktrin aufgegeben und mit der Perestrojka selbst einen Reformkurs eingeschlagen.

46) Die Einbeziehung der PZPR-Mitglieder in diese Regierung erfolgte auf starken sowjetischen Druck hin. Dies zeigt, dass die sowjetische Führung unter Gorbaschow durchaus eigene Vorstellungen des Systemwechsels in ihren Satellitenstaaten hatte. Sie war keineswegs bereit, diesen völlige Souveränität zu gewähren. Vgl. Franzke, Jochen: Sowjetische Osteuropapolitik vor und nach 1989, in: Initial 5/1991, S. 465 – 476.

Dieser zweite Versuch einer ausgehandelten Systemtransformation scheiterte auch rasch. Im Spätherbst 1989 wandelten sich die internationalen Rahmenbedingungen: Die Sowjetunion konnte die Entwicklung der Transformation in Polen nicht mehr stark beeinflussen. In der ersten freien Wahl wurde im Dezember 1990 der Solidarność -Führer Walesa vom Volk direkt zum polnischen Präsidenten gewählt. Mit den ersten freien Parlamentswahlen im Oktober 1991 wurde das Regime von einer neuen demokratischen Ordnung abgelöst.

Die nächsten Jahren (1991-1995) waren einerseits geprägt durch die Ausarbeitung einer neuen Verfassung, die erforderlich war, um den konsequenten Bruch mit der Vergangenheit zu symbolisieren.[47] Andererseits kam es zur Radikalisierung der Gewerkschaften, die immer öfter zu politischen Streiks aufriefen.

Nach politischen Auseinandersetzungen zwischen den Verfassungsorganen wurde am 23. April 1992 die sog. "Kleine Verfassung" verabschiedet. Die faktischen Kompetenzen des Präsidenten wurden begrenzt, die Strukturdefizite des polnischen parlamentarisch-präsidentiellen Regierungssystems, wie unklare Kompetenzzuweisungen, sowie des Parteisystems blieben jedoch bestehen.[48]

Die Siegeseuphorie von 1989 verlor nach 1991 an Wirkung. Die Bereitschaft der Menschen, die unerwartet hohen sozialen Kosten der Reformen mitzutragen, nahm ab. Die Minderheitsregierung Suchocka spaltete sich in den Auseinandersetzungen über das Abtreibungsgesetz und den Haushalt, der schließlich nur mit Hilfe der Allianz der Demokratischen Linken (SLD) verabschiedet werden konnte. Schließlich stürzte die Regierung im Mai 1993 aufgrund eines Misstrauensantrages der Solidarność -Gewerkschaftsfraktion.

Bei den nächsten vorzeitigen Parlamentswahlen vom 19. September 1993 sank aufgrund des reformierten Wahlrechts die Zahl der Parlamentsparteien auf nur noch sieben. Wegen der Zersplitterung in Solidarność -Lager gingen 34 Prozent der Wählerstimmen, insbesondere aus dem rechts-nationalen Lager, verloren. Vor diesem Hintergrund kam es zum ersten Machtwechsel im postkommunistischen Polen. Ein solcher Regierungswechsel zwischen ideologisch unterschiedlichen Parteien bewies das Funktionieren eines demokratischen Systems. Die neue Koalition aus der postkommunistischen SLD und der Bauernpartei behielt die politischen Zielvorstellungen bezüglich Demokratisierung, Marktwirtschaft und der Orientierung in Richtung EU bei, verlangsamte allerdings in der Folgezeit das Reformtempo.[49]

---

47) In einigen Punkten konnte dabei auf eigene Verfassungstraditionen zurückgegriffen werden: So kannte die polnische Verfassung vom 3. Mai 1971 ein Zwei-Kammern-Parlament. Weitere Anknüpfungspunkte bot die demokratische Verfassung vom 17. März 1921.

48) Als Reaktion auf die starke Fragmentierung des Parlaments wurden eine Sperrklausel von fünf Prozent für Parteien und acht Prozent für Wahlbündnisse und das Verhältniswahlsystem eingeführt. Die Sperrklausel auf Landesebene hat sich auf nunmehr sieben Prozent erhöht. 391 Mandate des Sejm werden seither in 52 Wahlkreisen vergeben (zwischen drei und siebzehn), 69 Mandate wie bisher in einem landesweiten Wahlkreis. Vgl. Ziemer, Klaus: Konsolidierung der polnischen Demokratie in den neunziger Jahren, in: Franzke, Jochen (Hg.): Polen. Staat und Gesellschaft im Wandel. Beiträge zur Debatte, Berlin 1998, S. 56 –74, hier S. 59ff.

49) Vgl. Ziemer, Klaus: Konsolidierung der polnischen Demokratie in den neunziger Jahren, in: Franzke,

Augrund der Strukturdefizite des polnischen parlamentarisch-präsidentiellen Regierungssystems entstand ein konstitutioneller Dauerkonflikt zwischen dem klerikal-konservativen Staatspräsidenten Walesa und der neuen Parlamentsmehrheit. Erst die Abwahl von Walesa 1995 beendete diesen Konflikt.

Die Kleine Verfassung konnte die Auseinandersetzungen um eine postkommunistische Verfassung nicht beenden. So nahm erst im April 1997, nach zahlreichen gescheiterten Versuchen, der Sejm mit 90 Prozent Zustimmung eine neue Verfassung an, die sich an europäische Verfassungsstandards orientierte. Sie wurde in einem Verfassungsreferendum am 25. Mai 1997 mit knapper Mehrheit legitimiert. Diese Verfassung weist Polen als ein semi-präsidiales bzw. parlamentarisch-präsidiales Regierungssystem mit einer exekutiven Doppelspitze aus. Im Vergleich zur Kleinen Verfassung von 1992 wurden die Kompetenzen des Präsidenten abgebaut, der Premier gestärkt und die Beziehungen zwischen den beiden klarer definiert. Der Ministerrat leitet seitdem die Innen- und Außenpolitik des Landes und die Regierung kann nur noch durch ein konstruktives Misstrauensvotum gestürzt werden. Damit wurde ein Beispiel für die Lernfähigkeit der politischen Akteure in Polen gegeben.[50]

Das polnische Parteiensystem begann sich ab 1995 zu konsolidieren. Die beiden großen politischen Lager bildeten sich zu Wahlbündnissen um. Die Wahlaktion Solidarność (AWS) bildete sich aus etwa 40 Mitte-Rechts eingeordneten zumeist kleinen Organisationen mit der Gewerkschaft Solidarność als Kern. Auf der anderen Seite festigte sich die aus ca. 30 Organisationen gebildete Demokratische Linksallianz (SLD). Um beide großen Bündnisse gruppierten sich kleinere Parteien als mögliche Koalitionspartner. Eine spezielle Rolle als Mehrheitsbeschaffer spielten dabei die Freiheitsunion und die Bauernpartei.

Eine neue Kohabitationssituation zwischen einer Mitte-Rechts-Regierung und dem postkommunistisch-sozialdemokratischen Präsidenten Kwasniewski wurde durch die Parlamentswahlen 1997 ermöglicht und damit die Zeit der instabilen Regierungen beendet. Die sieben Regierungen, die Polen zwischen 1989 und 1997 regierten, hatten eine durchschnittliche Amtszeit von nur ca. einem Jahr. Im Unterschied zu den Jahren 1993/95 trug diese Kohabitation aber zur Konsolidierung der Demokratie bei. Für die demokratische Konsolidierung hatte auch die Dezentralisierung des Staates durch die Territorialreform vom Januar 1999 und die Bildung eines dreistufigen Staatsaufbaus beigetragen. Auf regionaler Ebene wurden 16 Wojewodschaften gebildet. Die Kreisebene wurde wieder eingeführt. Damit wurden die subnationale Ebene gestärkt und neue Möglichkeiten für emanzipatorische und partizipatorische Potenziale geschaffen.[51]

Jochen (Hg.): Polen. Staat und Gesellschaft im Wandel. Beiträge zur Debatte, Berlin 1998, S. 56 – 86, hier S. 65.

50) Vgl. Frazke, Jochen: Polen – Eine Zwischenbilanz der Sysztemtransformation, in: Schorkowitz, Dittmar (Hg.): Transition – Erosion – Reaktion. Zehn Jahre Transformation in Osteuropa, Schriftreihe Gesellschaften und Staaten im Epochenwandel, Band 8, Frankfurt am Main 2002, S. 274 – 298, hier S. 282.

51) Vgl. Ziemer, Klaus: Konsolidierung der polnischen Demokratie in den neunziger Jahren, a. a. O., hier S. 63ff.

Am 23. September 2001 wurde ein neues Parlament gewählt. Die Ergebnisse dieser vierten demokratischen Parlamentswahl haben das polnische Parteiensystem von Grund auf verändert. Die AWS und die liberale UW – die bis Mitte Juni 2000 eine Mitte-Rechts-Regierung stellten – verloren 38,5 Prozent gegenüber den Parlamentswahlen von 1997 und verpassten damit den Wiedereinzug in den Sejm. Stärkste Partei wurde mit 41 Prozent der Stimmen die SLD, die eine Koalitionsregierung mit der früheren Blockpartei PSL (neun Prozent) gebildet hat. Alle weiteren (insgesamt sechs) vertretenen Gruppierungen schafften zum ersten Mal den Einzug ins Parlament.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass für das polnische Regierungssystem heute ein "hoher Grad an Gewaltenkontrolle und ein mittleres Niveau an Entscheidungstransparenz"[52] kennzeichnend ist. Die Einschätzung des Zustandes des polnischen Parteiensystems ist hingegen widersprüchlich. Merkel geht davon aus, dass dieses System "von einer demokratiefördernden Konsolidierung"[53] noch entfernt ist. Wojtaszcyk dagegen spricht von einem "moderaten Parteiensystem"[54], welches sich in einer Stabilisierungsphase befindet. Die gesellschaftliche Verankerung und Akzeptanz der politischen Parteien ist aber außerordentlich gering. Die Beteiligung an den Parlamentswahlen ist die niedrigste in allen postkommunistischen Staaten. Sie betrug 43 Prozent (1991), 52 Prozent (1993), 48 Prozent (1997) und 46 Prozent (2001). Dem polnischen Parteiensystem fehlt bis heute eine ausreichende gesellschaftliche und soziale Verankerung.[55]

3.2. Wirtschaftstransformation

Spätestens seit Mitte der sechziger Jahre begann Polen wirtschaftlich zu stagnieren. Zu Beginn des Umbruchs hatte das Land äußerst ungünstige Startbedingungen auf seinem Weg in die Marktwirtschaft: Es besaß eine bankrotte Volkswirtschaft mit hohen Auslandverschuldungen[56] und Hyperinflation.

Zu Beginn der Transformation entschied sich Polen für eine Schock-Strategie der Wirtschaftsreform. Der nach dem Wirtschaftsminister der Mazowiecki-Regierung benannte "Balcerowicz-Plan" trat als Paket von Gesetzesvorlagen bereits am 1. Januar 1990 in Kraft. Dies zielte darauf ab, dass das Wirtschaftswachstum dauerhaft erzeugt sein sollte, und der Staat sich weitgehend auf die Regulierung mittels seiner Finanzpolitik beschränken sollte. Dabei sollten die rechtlich-institutionellen Rahmenbedingungen, die gesamtwirtschaftliche Stabilisierung sowie die Entflechtung und Privatisierung der Volkswirtschaft gleichzeitig in Angriff genommen

52) Vgl. Merkel, Wolfgang: Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, a. a. O., S. 493.

53) Ebenda, S. 496.

54) Wojtaszcyk zitiert nach Frazke, Jochen: Polen – Eine Zwischenbilanz der Sysztemtransformation, in: a. a. O., S. 284.

55) Ebenda, S. 284.

56) Polens Auslandsschulden (ohne Sowjetunion) erhöhten sich von 1971 - 1982 von 1 auf 25 Milliarden US-Dollar. Vgl. Laski, Kazimierz: Polens Wirtschaftskrise als politisch-ökonomisches Strukturproblem, in: Hahn, Hans-Henning / Müller, Michael G. (Hg.): Gesellschaft und Staat in Polen. Historische Aspekte der polnischen Krise, Berlin 1988, S. 64 – 94, hier S. 81.

werden. Für notwendig erachtete "sozialpolitische Grausamkeiten" sollten durchgreifend, aber nur für kurze Zeit begangen werden. Durch niedrige Löhne und eine unterbewertete Währung sollten auf dem Weltmarkt Standortvorteile gesichert werden. Langfristig sollte durch die Schaffung von Klein- und Mittelbetrieben eine dauerhaft hohe Arbeitslosigkeit verhindert und eine neue Mittelschicht geschaffen werden.[57]

Diese wirtschaftspolitischen Schlüsselentscheidungen haben sich langfristig positiv sowohl auf die Erhöhung des Niveaus der ökonomischen Performanz als auch auf die Stärkung der Legitimation des politisch-ökonomischen Institutionensystems ausgewirkt. Allerdings war das Eintreten einer Rezession infolge des radikalen Reformpakets unvermeidlich. In den Jahren 1990/91 gingen die Realeinkommen der Bevölkerung in Polen zurück, Industrieproduktion und Bruttoinlandsprodukt sanken und die Arbeitslosigkeit stieg.[58]

1992 war zum ersten Mal das Bruttosozialprodukt (BIP) wieder gestiegen und die Inflationsrate fast um die Hälfte zurückgegangen. Ein Jahr darauf fiel zum ersten Mal die Arbeitslosenquote und die Reallöhne in der Industrie zogen an. Die sozialen Kosten erwiesen sich jedoch als zu hoch. Die Akzeptanzbereitschaft sanktionsfähiger sozialer Gruppen nahm weiter ab und beeinflusste sehr die Parlamentwahlen im Oktober 1993. Sowohl die Eliten als auch die Bevölkerung hatten "paradoxe Erwartungen: [...] Der Staat sollte auf dem Weg zu einem sozial verträglichen Kapitalismus durch effiziente Steuerung nicht nur dasselbe, sondern sogar mehr leisten als der kommunistische Ein-Parteien-Staat mit seiner Zentralverwaltungswirtschaft."[59] Gleichzeitige Stärkung und Zurücknahme staatlicher Verantwortung für Wirtschaft und Sozialleistungen sind kaum miteinander vereinbar. Ein solches Dilemma führt zu Enttäuschung und zu einer Legitimationskrise der neuen Demokratie.

In den folgenden vier Jahren wurde ein gradualistisches Vorgehen vorgezogen. Der verbleibende große Staatssektor verfestigte sich durch Drosselung der Privatisierungsaktivitäten bei den Großbetrieben. Gleichzeitig erreichte das Wirtschaftswachstum 1995 mit sieben Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) seinen bisherigen Höhepunkt. Der Anstieg der Realeinkommen und der Produktivität setzte sich fort. Die Inflationsrate konnte von 34 Prozent auf unter 14 Prozent gesenkt werden. Es gelang, auch das Haushaltdefizit auf unter drei Prozent zu senken und die Staatsschulden auf knappe 50 Prozent des BIP zu reduzieren. Die ersten Früchte des "Balcerowicz-Planes" wurden bemerkbar. [60]

Im Oktober 1997 wurde Balcerowicz, "Vater der polnischen Wirtschaftsreform", zum Finanzminister ernannt. Es gelang der Regierung aber nicht, die zentralen Ziele wie Beibehaltung des hohen Wirtschaftswachstums von sieben bis acht Pro-

---

57) Vgl. Puslecki, Zdzislaw: Polens Wirtschaft im Wandel, in: Franzke, Jochen (Hg.): Polen. Staat und Gesellschaft im Wandel. Beiträge zur Debatte, Berlin 1998, S. 105 - 126, hier S. 106ff.

58) Vgl. Bachmann, Klaus: Polens Uhren gehen anders. Warschau vor der Osterweiterung der Europäischen Union, Stuttgart / Leipzig 2001, S. 80.

59) Vgl. Frazke, Jochen: Polen – Eine Zwischenbilanz der Systemtransformation, in: a. a. O., S. 287.

60) Ebenda, S. 288.

zent, Senkung der Inflation auf fünf Prozent und Beseitigung des Haushaltsdefizits zu realisieren. Allerdings lässt sich positiv vermerken, dass die meisten Kapitalverkehrshemmnisse beseitigt und das Bankensystem privatisiert worden sind. Unter diesen Umständen haben die Auslandsinvestitionen stark angezogen. Auf Polen entfallen gegenwärtig etwa 40 Prozent aller Investitionen in Mittel- und Osteuropa.[61]

3.3. Zivilgesellschaft und Politische Kultur

Der Zusammenbruch der realsozialistischen Systems in Polen wurde stark durch die dynamischen Gesellschaftsnetze, die eine aktive Zivilgesellschaft darstellen, mitbeeinflusst. Darauf aufbauend hat sich eine neue politische Kultur entwickelt. Traditionales Denken über die Nation und den Staat hat sich verringert, pragmatische Einstellungen zu den politischen Institutionen und den Reformen sowie zur europäischen Integration haben zugenommen. Diese Veränderungen im Denken der Menschen sind jedoch regional, nach sozialen Schichten und nach Generationen unterschiedlich ausgeprägt. Vor diesem Hintergrund ist in Polen eine sogenannte gespaltene politische Kultur entstanden.

Die politischen Eliten haben immer noch keinen Konsens über den Begriff des Gemeinwohls gefunden, der jeweils parteipolitisch definiert ist und daher gegen andere Parteien vertreten wird. Die politischen Auseinandersetzungen werden oftmals als Kampf betrachtet, der Meinungspluralismus wird von Teilen der Elite nicht respektiert. Unter diesen Umständen ist das politische Leben stark ideologisiert. Kritik an diesen Zuständen kommt meist von den Medien.[62]

Die politische Kultur der Bevölkerung insgesamt zeichnet sich vor allem durch ein weitgehend passives Verhalten aus: Niedrige Wahlbeteiligung, geringe Partizipation an politischen Parteien, Gewerkschaften und Vereinigungen. Das Misstrauen der Gesellschaft gegenüber den politischen Eliten ist stark ausgeprägt. All dies schwächt die zivilgesellschaftliche Kontrolle der politischen Eliten. Mildenberger spricht hier sogar von einer "apolitischen Gesellschaft"[63]. Bislang hat allerdings die misstrauische Einstellung zu repräsentativen Institutionen sowie die negative Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage im Kapitalismus gegenüber der früheren Lebenssituation im kommunistischen Wirtschaftssystem nicht auf die Bewertung des demokratischen Systems übergegriffen.[64]

---

61) Deutsche Anleger stehen mit sechs. Mrd. Dollar an der Spitze der Investoren in Polen.

62) Vgl. Mildenberger, Markus: Die polnische Rechte und Europa, in: Osteuropa, 1998/4, S. 382 – 391.

63) Ebenda S. 385.

64) Vgl. Mildenberger, Markus: Zwischen Konsens und Polarität. Zur Entwicklung der demokratischen politischen Kultur in Polen, in: Franzke, Jochen (Hg.): Polen. Staat und Gesellschaft im Wandel. Beiträge zur Debatte, Berlin 1998, S. 74 - 87, hier S. 74ff.

3.4. Eine Zwischenbilanz der Transformation in Polen

Polen wird heute zu einem der erfolgreichsten Transformationsstaaten gezählt. Dabei sind einige Vorteile gegenüber anderen postsozialistischen Staaten bemerkenswert:

- Die Werteorientierungen und politisch-administrativen Institutionen haben sich stärker als in anderen postsozialistischen Staaten als kompatibel mit den neuen demokratischen und marktwirtschaftlichen Institutionen erwiesen. Die außergewöhnlich lange Vorphase des Systemwechsels (fast 10 Jahre) ermöglichte einen Zeitgewinn gegenüber anderen postsozialistischen Staaten.
- Das parlamentarisch-präsidiale Regierungssystem ist offenbar in der Lage – trotz mancher Probleme –, institutionelle oder konstitutionelle Konflikte zu minimieren bzw. die Spannung zwischen Konsens und Konflikt in der Gesellschaft zu überbrücken. Dabei hat dieses System bereits einen doppelten Machtwechsel ermöglicht.
- Eine Rückkehr zum Realsozialismus ist ebenso ausgeschlossen wie die Einrichtung eines neuen autoritären Regimes. Ein antitotalitärer Konsens zwischen allen relevanten politischen Gruppen bildete sich bereits am Anfang der Transformation. Damit kann Polen heute – trotz weiter bestehender Defizite vor allem im Parteiensystem und in der politischen Kultur – als konsolidierte Demokratie betrachtet werden.
- Die Wirtschaftstransformation hat sich langfristig als positiv sowohl in der Erhöhung des Niveaus der ökonomischen Performanz als auch in der Stärkung der Legitimation des politisch-ökonomischen Institutionensystems erwiesen und ihre Konsolidierungsphase erfolgreich abgeschlossen.[65]

Im Folgenden soll auf mögliche Faktoren der Misserfolge der belarussischen und Erfolge der polnischen Transformation eingegangen werden.

4. Mögliche Einflussfaktoren auf die Transformation in Belarus und Polen

4.1. Nationale Identität – eine wichtige Voraussetzung für die Transformation?

Der Zerfall der Sowjetunion führte dazu, dass die nationalen Eliten das Schicksal ihrer Republiken vermehrt selber in die Hand nahmen und sich mehr und mehr als Träger nationaler statt kommunistischer Ideologien erwiesen. Die nationale Idee war stark genug, "die Völker im antikommunistischen Sinn zu einigen und zu gemeinsamen Anstrengungen zu mobilisieren"[66]. Dies gilt nicht nur für alle aus der

65) Vgl. Frazke, Jochen: Polen – Eine Zwischenbilanz der Systemtransformation, in: a. a. O., S. 294.

66) Simon, Gerhard: Nationalismus und Nationalitätenpolitik in der Sowjetunion, Baden-Baden 1992, S. 643.

UdSSR hervorgegangenen neuen Staaten, sondern für alle Länder im Osten Europas. Die Weltanschauungslehre, welche den sowjetischen Hegemonialbereich zusammengehalten hatte, verlor ihre offiziell geschützte "Bindekraft"[67]. Das Vakuum, welches durch die Bankrotterklärung des Sowjetsystems zu entstehen drohte, wurde umgehend mit dem Konzept des Nationalstaates aufgefüllt. Die fehlende Ideologie dementsprechend mit dem Konzept des Nationalismus. Die nationale Idee vermochte dabei nicht nur die Gefahr der sozialen Orientierungslosigkeit zu beseitigen, vielmehr bot sie sich auch als Instrument an, mit welchem sowohl "gegen die Diktatur", als auch "für die Demokratie" gekämpft werden konnte.[68]

Viele Völker Osteuropas konnten den Nationalstaat in ihrer eigenen Geschichte finden.[69] Ob dieser Nationalstaat in der Zwischenkriegszeit nur kurzlebig war oder seine Selbständigkeit bewahren konnte, ob seine Entwicklung erfolgreich oder verhängnisvoll war, das schien zunächst unwichtig. Am Punkt der Wende war für die kommunistischen Staaten entscheidend, dass die Geschichte ein alternatives Konzept zur Integration der Bevölkerung und zur Umstrukturierung der Gesellschaft zur Verfügung stellen konnte. Zumindest zu Beginn des politischen Umbruchs, als die nationalen Bewegungen noch die Opposition zu den Machthabern darstellten, stand ihr emotionaler Aspekt im Vordergrund und fungierte als Motor der Mobilisierung und Integration breiter Bevölkerungsschichten. Die sozio-ökonomischen Voraussetzungen, die den einzelnen für den Nationalismus besonders empfänglich machen, waren zudem auch gegeben. Materielle Einschränkungen und mühsamer Alltag gehörten zur Realität der Stagnationszeit. Nationalismus wird so zu einer Energie, welche kollektive Emotionen und Handlungen auslöst und die Menschen für ein gemeinsames Ziel politisch aktiviert und solidarisiert.[70] Dass diese Energie sich in Gewalt und Hass umwandeln kann, zeigen gewisse Brennpunkte auf dem Balkan und auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion.

Der Nationalismus rechtfertigt sich aber durch die Nation. Die Nation ist dabei jene soziale Gruppe, die sich aufgrund "historisch gewachsener Beziehungen sprachlicher, kultureller, religiöser oder politischer Art ihrer Zusammengehörigkeit und besonderer Interessen bewusst geworden ist"[71]. Sie fordert politische Selbstbestimmung, wenn nicht gar staatliche Unabhängigkeit. Staat und Nation hängen somit eng zusammen.[72]

Vor diesem Hintergrund können die Nationalismen in Osteuropa zumindest in ihrer Anfangsphase als Orientierungs- und Integrationsideologie verstanden werden,

---

67) Geyer, Dietrich: Zerfall eines Imperiums, in: Jeismann, Michael (Hg.): Grenzfälle, Leipzig 1993, S.81 – 89, hier S. 82.

68) Vgl. Gilly, Seraina: Der Osten Europas im Transformationsprozess. Versuch einer länderübergreifenden Darstellung, in: Goehrke, Carsten / Gilly, Seraina (Hg.) Transformation und historisches Erbe in den Staaten des europäischen Ostens, Bern 2000, S. 13 – 41, hier S. 18ff.

69) Mit Ausnahme von Belarus und Moldowa.

70) Vgl. Alter, Peter: Nationalismus, Frankfurt am Main 1985, S. 14.

71) Ebenda, S. 23.

72) Ebenda, S. 20ff.

die sich anbot, nachdem jene sozialistischen Zuschnitts ihre Glaubwürdigkeit vollständig verloren hatte.[73]

An dieser Stelle lässt sich die These aufstellen, dass die Beschaffenheit der nationalen Identität eine wichtige Voraussetzung für eine postsozialistische Transformation ist. Je stärker die Kommunikationsnetzwerke und die Mythen sind, die eine Gesellschaft auf gewisse gemeinsame Werte und Sichtweisen verpflichten und sie zu einer nationalen Gemeinschaft formen, desto konsolidierter begegnet sie politischen, ökonomischen und sozialen Herausforderungen.[74]

Sicherlich ist der Charakter der nationalen Identität, aus der sich eine Gesellschaft zusammensetzt, nicht allein ausschlaggebend dafür, ob die gegenwärtige Transformation in Richtung einer Demokratie, Marktwirtschaft und Zivilgesellschaft erfolgreich verläuft. Gerade die Beispiele von Polen und Belarus zeigen jedoch eindrücklich, dass die Qualität des nationalen Bewusstseins entscheidend den Transformationsprozess beeinflusst. Deshalb werden in den nachfolgenden Ausführungen nochmals die Voraussetzungen der Nations- und Staatsbildung in Belarus und Polen aufgeführt.

4.1.1. Belarus: "Der sowjetbelarussische Identifikationsmythos"

Der belarussische Transformationsfall ist bisher dadurch gekennzeichnet, dass gesamtgesellschaftlich der Wille zu schwach war, eine postsowjetische, unabhängige staatlich-politische Gesellschaft zu formieren. In Belarus fehlt eine alternative Ideologie.

Nach dem Zerfall der Sowjetunion im Dezember 1991 schien es zunächst, als besitze Belarus politisch und wirtschaftlich hinreichende Voraussetzungen für seine staatliche Selbstbehauptung. So war die Bevölkerung des Landes (10,3 Mill.) ethnisch relativ homogen: Den 78 Prozent Belarussen standen nur dreizehn Prozent Russen, vier Prozent Polen und drei Prozent Ukrainer gegenüber.[75] Schließlich ist daran zu erinnern, dass das Land in der Periode der Perestrojka keineswegs von absoluter Ruhe geprägt war. Vielmehr hatte das Land in dieser Zeit wiederholt durch Demonstrationen gegen das kommunistische Regime auf sich aufmerksam gemacht. Erwähnt seien hier nur der landesweite Massenstreik vom April 1991 sowie die bereits zuvor einsetzenden Manifestationen anlässlich der Entdeckung der Massengräber in Kuropaty (nahe Minsk), wo Ende der 30er Jahre Hunderttausende dem Stalinschen Terror zum Opfer gefallen waren. Vielen schien Zenon Pasnjak, der Endecker von Kuropaty und Führer der nationalen "Volksfront"- Bewegung, der geborene Kopf einer nationalen Wiedergeburt von Belarus zu sein.[76]

---

73) Vgl. Gilly, Seraina: Der Osten Europas im Transformationsprozess. Versuch einer länderübergreifenden Darstellung, a. a. O., S. 20.

74) Vgl. Smith, Anthony D.: Nationalism and Modernism: A critical survey of recent theories of nations and nationalism, London 1998, S. 224ff.

75) Vgl, Timmermann, Heinz: Belarus: Eine Diktatur im Herzen Europas? a. a. O., S. 9ff.

76) Vgl. Sahm Astrid: Die weißrussische Nationalbewegung nach der Katastrophe von Tschernobyl, Münster / Hamburg 1994, S. 8ff.

Es zeigte sich jedoch, dass die Minsker Proteste im geringen Maße von nationalem Bewusstsein unterstützt wurden. Die zentralen Ursachen hierfür sind: Mit Ausnahme einer kurzen Periode am Ende des Ersten Weltkriegs hatte das zwischen Russland und Polen eingeklemmte Belarus nie eine eigenständige Staatlichkeit besessen.[77] Es konnte daher nach der Unabhängigkeit nur schwer auf Mythen[78], Legenden und Symbole zurückgreifen, die als Faktoren der nationalen Identitätsbildung und als Instrument zur Mobilisierung der Menschen für den Aufbau ihres Staates hätten dienen können. [79]

Hinzu kommt, dass die belarussische Sprache – als zentrales Merkmal der spezifischen Identität und Kultur eines Landes – nach einem kurzen Aufblühen in den 20er Jahren weitgehend zugunsten des Russischen verdrängt worden war.[80] Dieser Prozess der sprachlichen Russifizierung wurde einerseits gewiss durch administrativen Druck Moskaus beschleunigt. Andererseits ergab er sich auch als gleichsam natürliche Folge des sozialen Wandels. Urbanisierung und Industrialisierung des Landes trugen ganz wesentlich dazu bei, dass die sozialen Aufsteiger dem Russischen den Vorzug vor dem als provinziell empfundenen Belarussischen gaben. In der späten Sowjetzeit identifizierten sich die Belarussen immer mehr mit der sowjetisch – russischen Kultur.[81]

Dies bedeutete jedoch nur teilweise, dass die belarussische Identität in der russischen aufging. Vielmehr hat sich im Kontext der Sowjetunion ein spezifisch sowjetbelarussisches Selbstverständnis formiert. Diese sowjetbelarussische Identität hat sich im Anschluss an den Zweiten Weltkrieg herausgebildet und fußte dabei wesentlich auf der Erfahrung der Weltkriegsereignisse und des nachholenden Wiederaufbaus unter der Führung der Partisanenkader. Während des Krieges verlor die BSSR ein Viertel ihrer Zivilbevölkerung und 80 Prozent der städtischen Gebäude wurden zerstört. Die belarussische Gesellschaft antwortete auf das

77) Die Einwohner Belarus bildeten nie eine ausreichend große politische Einheit, um Herrschaft über die benachbarten Reiche hätten ausüben zu können. Vielmehr lernten sie, Kompromisse einzugehen und sich mit fremden Herrschaften zu arrangieren, ohne deshalb – was nicht immer der Fall war – ihr Selbstverständnis als Belarussen aufzugeben.

78) Allerdings wurde die altbelarussische Bibelausgabe vom Übersetzer, Buchdrucker und Reformer Franziskus Skaryna 1517 und damit deutlich vor der ersten polnischsprachigen Bibelübertragung geschrieben.

79) "Die weißrussische Nation existierte bis 1918 vor allem in den Köpfen der wenigen weißrussischen Patrioten, die zunächst in der Redaktion der weißrussisch-sprachigen Zeitschrift "Nascha Niva" (1906 – 1915) zusammengearbeitet hatten." Lindner, Rainer: Historiker und Herrschaft. Nationsbildung und Geschichtspolitik in Weißrussland im 19. und 20. Jahrhundert, München 1999, S. 99.

80) Im Jahre 1989 benutzten im täglichen Leben nur noch 10,5 Prozent der Bevölkerung die belarussische Sprache, in den Städten sogar nur 1,5 Prozent.

81) Bevor die Sowjetunion unterging, betrachteten sich anteilsmäßig sogar mehr Belarusen als Russen in erster Linie als Bürger der UdSSR und erst sekundär als solche der eigenen Republik: 69,5 Prozent bei den Belarusen, 62,6 Prozent bei den Russen, 42,4 Prozent bei den Ukrainer, aber nur 3,1 Prozent bei den Esten oder acht Prozent bei den Armeniern. Hierzu: Lewada J., zitiert nach Vgl. von Werdt, Christophe: Transformation und nationale Identität in der Ukraine und in Belarus. Ein historischer Vergleich, in: Goehrke, Carsten / Gilly, Seraina (Hg.) Transformation und historisches Erbe in den Staaten des europäischen Ostens, a. a. O., S. 331- 365, hier S. 343.

deutsche Besatzungsregime, indem sie eine verhältnismäßig breit verankerte sowjetkommunistische Partisanenbewegung hervorbrachte. Zerstörung und Partisanenwiderstand wurden im Massenbewusstsein verankert und prägten eine umfassende belarussische Identitätsgemeinschaft.[82] Die Propaganda trug dazu bei, indem sie diese Periode im Sinne des Sowjetpatriotismus ausschlachtete. So gelang es, in den Nachkriegsjahren im bisherigen nationalen Vakuum einen "sowjetbelarussischen Identifikationsmythos"[83] heranzubilden. Wichtige Bestandteile waren die Aussagen, dass die Rote Armee im Kriege für die BSSR gekämpft und dass das russische Brudervolk und die ganze Sowjetunion beim Wiederaufbau geholfen haben. Die Versuche, eine neue national-belarussische Identität zu bilden, müssen diese gut verankerten sowjetbelarussischen Elemente miteinbeziehen.[84]

Belarus galt fortan als diejenige Republik, die in Mentalität und Eigenbewusstsein unter allen Republiken der UdSSR am stärksten sowjetisiert war. Die Tatsache, dass auch die moderne belarussische Gesellschaft ausschließlich und nachhaltig durch den sowjetischen Erfahrungshorizont geprägt worden ist, erklärt ihren bisherigen Sonderweg beim Systemübergang. Die belarussische Gesellschaft hat keine ausgeprägten Möglichkeiten im Bereich des ideologischen Orientierungsrahmens an vorsowjetische Traditionen anzuknüpfen.

4.1.2. Polen: "Die Gesellschaft im Verteidigungszustand"

> *"Polen ist derjenige Staat im Hegemonialbereich der UdSSR, in dem – wie die vielen manifesten Krisen zeigen – die nach 1944/45 eingeführte sozio-politische Ordnung am wenigsten fest verankert ist."*[85]

Der Zusammenbruch des in Polen unbeliebten Sowjetsystems löste bei der Bevölkerung eine Welle der Euphorie, der Freude und der Erleichterung aus. Die polnische Gesellschaft konnte auf eine vorkommunistische Tradition, die ausreichende Demokratieerfahrungen hatte, zurückgreifen.[86]

Trotz der starren Vorgaben Moskaus wies in Polen eine eigene Dynamik auf. Es wurde diesbezüglich die These von der polnischen "Gesellschaft im Verteidigungszustand"[87] formuliert: Das Überbrücken sozialer Gegensätze im Namen nationaler Solidarität und die Schaffung von gegenüber der jeweiligen Staatsmacht unabhängigen Parallelstrukturen sei ein Grundmuster der "polnischen

82) Vgl. von Werdt, Christophe: Transformation und nationale Identität in der Ukraine und in Belarus. Ein historischer Vergleich, a. a. O., S. 343.

83) Ebenda, S. 344.

84) Ein national-belarussisches Bewusstsein wird oft von seinen Gegnern mit den beiden Versuchen unter deutschen bzw. nationalsozialistischer Besatzung während des Ersten und Zweiten Weltkrieges gleichgesetzt, einen belarussischen Nationalstaat zu gründen.

85) Ziemer, Klaus: Polens Weg in die Krise, Frankfurt a. M. 1987, S. 403.

86) Am 3. Mai 1791 wurde die erste schriftliche Verfassung Europas vom polnischen Sejm (Parlament) verabschiedet.

87) Hahn, Hans-Henning: Die Gesellschaft im Verteidigungszustand. Zur Genese eines Grundmusters der politischen Mentalität in Polen, in: Hahn, Hans-Henning / Müller, Michael G. (Hg.), Berlin 1988, S. 15 – 49, hier: S. 16.

Mentalität", das in Situationen der Bedrohung aktiviert werde.[88] Dies zeigte sich auch während des Zweiten Weltkriegs. Die polnische Bevölkerung baute unter den Bedingungen der deutschen Besatzung einen alle Lebensbereiche umfassenden Untergrundstaat auf. Neben der Partisanenarmee (AK – "Heimatarmee") existierten eine zivile Verwaltung, ein Versorgungswesen und Bildungseinrichtungen. Die Exilregierung fungierte als allseits anerkannte politische Führung.[89]

Die antisowjetisch gefärbte Betonung des Nationalen war in Folge der polnisch-sowjetischen Vorgeschichte wenig erstaunlich. Kein anderer der späteren Satellitenstaaten war zu Beginn des Zweiten Weltkrieges von der Sowjetunion angegriffen und okkupiert worden, um dann 1944/45 von ebendieser auch "wieder befreit" zu werden, wobei die 1939 gemäß dem Hitler-Stalin Pakt okkupierten polnischen Ostgebiete in Jalta definitiv Moskau zugesprochen wurden.

Die Befreiung ging einher mit einer systematischen Zerschlagung der im Krieg aufgebauten Widerstandsbewegung. Der Kampf, den die Rote Armee gegen die Partisanen der "Heimatarmee" (AK) führte, dauerte bis 1946 an und war bereits Teil der kommunistischen Machtübernahme. All dies addierte sich zu den Erinnerungen über die kollektiven historischen Mythen und Traumata aus den Zeiten der polnischen Trennung.[90]

Schon im Oktober 1956 konnten die Massen schnell mobilisiert werden und den 1947 der Stalinisierung geopferten National-Kommunisten an die Macht zurückzukehren helfen.[91] Zahlreiche populäre, dem Wunsch nach einem neuen, polnischen Weg entsprechende Maßnahmen verhalfen der Partei zu einem bisher nicht vorstellbaren nationalen Vertrauensvorschuss. Es folgten die Liberalisierung des Kulturbetriebs, die Rücknahme der ohnehin noch kaum fortgeschrittenen Kollektivierung und Wiedereinführung der Arbeiterräte in der Industrie. Allerdings wurden bald sämtliche Neuerungen wieder zurückgenommen, was aber blieb und künftig eine wesentliche Rolle gespielt hat, war eine gesellschaftliche Debatte über Alternativen zur sowjetisch-leninistischen Auslegung des Marxismus.[92]

---

88) Vgl. Imhof, Lukas: Polen und das Phänomen Solidarnosc, a. a. O., S. 530ff.

89) Ebenda, S. 532.

90) Ausgangslage der polnischen Nationsbildung war die 1795 untergegangene "Erste Polnische Republik", organisiert seit Beginn der Neuzeit als Adelsdemokratie. Die Grundlagen bildete dabei die für das lateinische Europa charakteristische Trennung von Staat und Gesellschaft. Hier allerdings führte es zu einer Extremform. Das Gleichgewicht von Königtum und Gesellschaft hatte sich ganz zugunsten der letzteren verschoben. Der Staat verfügte über kaum einen Verwaltungsapparat und konnte als eine Art Konföderation autonomen Adelsbesitzes betrachtet werden. König und Staat erschienen faktisch als Nebensache und hatten eher der Nation zu dienen. Erst nach der ersten Teilung von 1772, bedroht durch die umliegenden absolutistischen Monarchien, wurde eine Staatsreform durchgeführt. Trotz der Versuche (1791 – erste Europäische Verfassung), die demokratische Selbstverwaltung mit einem handlungsfähigen Staat zu verbinden, hörte Polen 1795 auf als Staat zu existieren. Erst 1918 wurde die II. Polnische Republik wider ausgerufen.

91) Der Führer des Aufstandes, Wladislaw Gomolka, wurde aus der Haft entlassen und stieg zum einzigen kommunistischen Nationalhelden auf.

92) Vgl. Zagaewski, Adam: Polen, Staat im Schatten der Sowjetunion, Hamburg 1981, S. 23ff.

Dazu kam, was vielleicht das Wichtigste war, dass Polen die Erfahrungen einer Sowjetinvasion erspart blieben. Für die Partei, die Bevölkerung und die spätere Opposition bildete dies einen Hinweis darauf, dass die heikle polnisch-russische Vergangenheit Moskau dazu bewegte, Polen unter den Satellitenstaaten eine Sonderstellung einzuräumen. Neben dem obligatorischen Internationalismus konnte deshalb in der Propaganda auch das eigentliche nationale Interesse wieder eine Rolle spielen. Auf diese Weise hielten trotz aller Geschichtsverfälschung die traditionell-nationalen Symbole wieder Einzug in das öffentliche Leben und konnten als potentielle Träger einer vorkommunistischen kulturellen Identität funktionieren. Ein Umstand, der ebenfalls in den späten siebziger Jahren zunehmend an Bedeutung gewann und als ein integrierendes Moment für die Mobilisierung der Bevölkerung diente. Denn die "Idee Solidarność" fiel von Anfang an mit den Begriffen von Gesellschaft und Nation zusammen.

4.2. Systemwechsel ohne Elitenaustausch?

Wie festsgestellt werden konnte, fördert nationale Identität die Herausbildung einer Zivilgesellschaft. Die Zivilgesellschaft öffnet die Freiräume, in denen sich eine Gegenelite bilden kann, und dies wiederum ermöglicht erst, dass der für die Demokratisierung notwendige Elitenwechsel stattfinden kann.

Aus der akteurstheoretischen Perspektive sind subjektive Einschätzungen, Strategien und Handlungen der neuen Elite für eine erfolgreiche Transformation entscheidend. Dabei ist wichtig, dass die reformbereiten Kräfte des alten Regimes und eine moderate Opposition zu einer Demokratisierungskoalition zusammenfinden. Dabei kann nur die breit gestreute Machtverteilung zu einer Demokratie führen.

Daraus folgend sind Elitenwechsel und bzw. oder Kompromiss zwischen den reformbereiten alten Kräften und der Opposition sowie die breite Streuung der Machtressourcen in der Gesellschaft eine wichtige Voraussetzung einer erfolgreichen Transformation. [93]

4.2.1. Belarus: "Eine personelle Kosmetik der Elite"

Bei der Betrachtung der belarussischen politischen Eliten zu Zeiten der UdSSR fällt besonders auf, dass die Nomenklatura zu einer der regimekomformsten gehörte und dass ihr gegenüber keine organisierte Opposition existierte. Diese Aspekte hatten große Auswirkungen auf die Liberalisierungsphase in Belarus, die sich erst durch äußeren Druck vollzog.

Nach der Liberalisierungsphase, während der sich eine Spaltung in einen systemtreuen Flügel und einen Flügel mit Befürwortern der Gorbatschowschen Politik vollzogen hatte, befanden sich zwei gegensätzliche Pole auf der belarussischen

93) Vgl. Hatschikjan, Magarditsch A.: Zeitenwende und Elitenwandel in Osteuropa, in: Hatschikjan, Magarditsch A. / Altmann, Franz-Lothar (Hg.): Eliten im Wandel. Politische Führung, wirtschaftliche Macht und Meinungsbildung im neuen Osteuropa, Paderborn 1998, S. 251 – 271, hier S. 253ff.

politischen Bühne. Auf der einen Seite befand sich die Regierung, die sich in Hardliner (Kommunistischer Block) und Reformer (um den moderaten Parlamentspräsidenten Stanislau Schuschkevitsch) spaltete, auf der anderen Seite agierten junge oppositionelle Parteien und parteiähnliche Gruppierungen um die "Volksfront". Was in den folgenden zwei Jahren geschah, kann durchaus als Demokratisierungstendenz bezeichnet werden. Es existierte ein Mehrparteiensystem, das Parlament wurde erstmalig demokratisch gewählt und die Presse konnte sich relativ frei entfalten. Trotzdem kam es nicht zur Koalition zwischen Reformern und moderaten Oppositionellen, die eine Grundvoraussetzung für eine Demokratisierung gewesen wäre. Die Reformbewegungen wurden im Keim erstickt, als sich 1993/94 die Hardliner gegen Schuschkevitsch durchsetzten und ihn seines Amtes enthoben. Sein Nachfolger wurde der konservative Politiker Mecheslau Hryb. Der reformscheue Ministerpräsident Wjatscheslau Kebitsch wurde in seinem Amt bestätigt. Damit hat die alte belarussische Elite eine "personelle Kosmetik"[94] erlebt, ohne dass sich innenpolitisch etwas veränderte. Dem stand eine Opposition gegenüber, die ihrerseits zu schwach war, um sich gegen die Regierung durchzusetzen. Parallel zu dieser Entwicklung wurde 1994 das Präsidentenamt eingeführt, wodurch nachfolgend schwere Krisen und Machtkonflikte zwischen Exekutive und Legislative ausgelöst wurden.

Es lassen sich folgende Punkte zusammenfassen:

- Die festgefahrenen kommunistischen Machtstrukturen und die Schwäche der jungen Opposition verhinderten die Koalitionsbildung zwischen Reformern und Moderaten.
- Eine Demokratie konnte nicht etabliert werden. Vielmehr wurde ein gelockertes autoritäres Regime aufrechterhalten.
- Die Phase der Konsolidierung wurde bisher nicht erreicht. Seit dem Übergang zu einem Präsidialsystem im Jahr 1994 verschärfte sich das autoritäre Regime. Sollte erneut von einer Demokratisierung gesprochen werden, so müsste dieser eine neue Liberalisierungsphase vorangehen.

4.2.2 Polen: "Der Runde Tisch"

In Polen war das alte Regime einerseits durch die moderaten Regimeeliten um General Jaruzelski (Softliner), andererseits durch die noch verbliebenen kommunistischen Ideologen in der Partei und im Sicherheitsapparat (Hardliner) vertreten. Die Opposition spaltete sich in die moderaten Reformer um Walesa und die radikale neue Generation jüngerer Gewerkschaftsaktivisten. Regime und Opposition sahen beide keine erfolgsversprechende Möglichkeit, ihre Interessen gegen die andere Seite durchzusetzen. So kam es, wie bereits skizziert zu Verhandlungen: der Runde Tisch war eingesetzt.[95]

---

94) Von Werndt, Christophe: Belarus und die Gegenwart der Sowjetunion, in: Ein historischer Vergleich, , a. a. O., S. 304.

95) Vgl. Merkel, Wolfgang: Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, a. a. O., S. 441ff.

In jeder Runde mussten Kompromisse zwischen den Verhandlungsakteuren gefunden werden. Dabei verschoben sich von Runde zu Runde die Machtressourcen, die die kommunistischen Eliten und die Opposition für sich mobilisieren konnten. Beim ersten fundamentalen Verhandlungskompromiss über das Wahlverfahren für den Sejm von 1989 führte noch die kommunistische Partei, bei den ersten halbfreien Wahlen erlitt die PZRP eine Niederlage und schon bald konnte Solidarność-Mitglied Mazowiecki Premierminister werden. Wenig später löste sich die PZRP auf und benannte sich in "Sozialdemokratie der Republik Polen" (SdRP) um. Damit hatte das alte Regime, der Gegenspieler der Opposition, als "ein maßgeblicher Partner des Abkommens vom Runden Tisch aufgehört, zu existieren"[96]. Die Machtpositionen der konkurrierenden Akteure hatten sich für die zweite Verhandlungsrunde zur neuen Verfassung zugunsten der Opposition verschoben.

Nach der Auflösung der kommunistischen Partei spaltete sich die Solidarność: in die konservative Danziger Gruppe um Lech Walesa und die liberale Warschauer Gruppe um Mazowiecki, Geremek und Michnik. Bei der Direktwahl wurde Walesa zum Nachfolger des zurückhaltenden Staatspräsidenten Jaruzelski gewählt. Damit hatte der "verhandelnde Elitenwechsel"[97] erfolgreich stattgefunden.

4.3. Vom Sozialismus zur Marktwirtschaft ohne marktwirtschaftliche Mentalität?

Nicht nur die Bereitschaft der neuen Eliten, Reformen durchzuführen, ist bei einer Transformation wichtig, sondern auch die Akzeptanz und Unterstützung dieser Reformen in der Bevölkerung.

Im Zusammenhang mit der Durchführung von Wirtschaftsreformen in den osteuropäischen Ländern haben in der westlichen Literatur Diskussionen über eine marktwirtschaftliche Mentalität zugenommen. Marktwirtschaftliche Mentalität kann als Veranlagung zum marktwirtschaftlichen Verhalten interpretiert werden. Beispielweise untersuchten westdeutsche Wissenschaftler dieses Problem in den neuen Bundesländern nach der deutschen Vereinigung. Es ergab sich ein Bild, das die Ostdeutschen als nicht besonders initiativreiche und wenig unternehmerisch veranlagte Menschen zeichnet; also als Menschen, die sich an marktwirtschaftliche Bedingungen nicht anpassen können.

Aus der modernisierungstheoretischen Perspektive sind Wirtschaftsfortschritte allerdings die am ehesten Erfolg versprechende Grundlage für die Einführung und Konsolidierung der Demokratie. Bei der Beschreibung der Modernisierungsstrategie der sozialistischen Staaten werden vor allem Industrialisierung, Urbanisierung, Bürokratisierung, Zentralisierung und Mechanisierung erwähnt. Die totale Kontrolle, die Fixierung einer Ordnung und Kollektivierung der Landwirtschaft, darüber hinaus die Unterdrückung jeglicher Kritik führten in den sozialistischen Staaten zu

96) Ziemer, Klaus: Probleme des politischen Systemwechsels der Republik Polen. Eine Zwischenbilanz nach drei Jahren, in: Jahrbuch für Politik 3, S. 93 – 123, hier S. 103.

97) Vgl. Merkel, Wolfgang: Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, a. a. O., S. 45.

einer Lähmung des wirtschaftlichen Lebens. Damit aber eine moderne Gesellschaft funktionieren kann, muss deren Struktur beweglich bleiben.[98]

Die Modernisierungstheorie betont dabei, dass der Erfolg der Systemtransformation in einem erheblichen Umfang davon abhängt, in welchem Ausmaß sich eine mittelständisch[99] geprägte Wirtschaftsstruktur entfalten und etablieren kann. In allen Ländern mit marktwirtschaftlicher Tradition spielen kleine und mittlere Unternehmen (KMU) eine wichtige Rolle, da diese die Hauptquelle zur Schaffung von Arbeitsplätzen sind, ein Garant für eine fortschreitende Gesellschaft.[100] Auch in den Transformationsländern nehmen KMU an Bedeutung zu. Die Errichtung neuer privater Betriebe ist nicht nur ein Weg zur Ersetzung der im Zuge von Restrukturierung großer Betriebe weggefallenen Arbeitplätze, sondern auch grade neue Unternehmen sind eine Quelle innovativer Kenntnisse und Technologien.

4.3.1. Belarus: "Paternalistische gesellschaftliche Grundeinstellungen"

Dass die Entwicklung kleiner und mittelständischer Unternehmen eine Schlüsselrolle für den strukturellen wirtschaftlichen Wandel der Transformationsstaaten spielt, wurde in Osteuropa erkannt und wird daher durch unterschiedliche Instrumente staatlicher Wirtschaftspolitik gefördert. Belarus stellt insofern eine Ausnahme dar, als der Anteil des privaten Sektors am BIP und die Zahl kleiner und mittelständischer Unternehmen je 1000 Einwohnern nur minimal ist.[101] Unterschiedlichen Schätzungen zufolge macht der Anteil der KMU am belarussischen BIP zwischen sechs und zehn Prozent aus, der Beschäftigungsanteil in KMU liegt zwischen sechs und acht Prozent.[102] Hauptgrund für diese Situation sind in erster Linie die von einer repressiven Wirtschaftpolitik geschaffenen makroökonomischen Rahmenbedingungen, aber auch die "nicht marktwirtschaftliche Mentalität" der belarussischen Bevölkerung.

Paternalistische gesellschaftliche Grundeinstellungen sind in Belarus stark ausgeprägt, da der Staat jahrzehntelang als einziger Arbeitgeber auch die einzigen Einkommensmöglichkeiten bot. Die individuellen Interessen der Bürger sind hier nicht durch Streben nach Privateigentum, sondern durch das staatlich legitimierte "Volkseigentum" geprägt.[103] Das wird durch soziologische Umfragen[104] bestätigt,

---

98) Vgl. Gilly, Seraina: Der Osten Europas im Transformationsprozess. Versuch einer länderübergreifenden Darstellung, a. a. O., S. 13 – 41, hier S. 29.

99) Der Begriff "Mittelstand" wird synonym zu dem Begriff "Kleine und Mittlere Unternehmen" (KMU) verwendet.

100) Vgl. Rakava, Alena: Gegen den Strom. Belarussische Kleinunternehmen, in: Osteuropa 2004/2, S. 69 - 84, hier S. 69.

101) Die Anzahl der KMU in Belarus ist ca. 2,6 auf 1000 Einwohner. Hierzu: Institut privatizacii i menedzmenta (IPM) Minsk, 2004, zitiert nach Rakava, Alena: Gegen den Strom. Belarussische Kleinunternehmen, a. a. O., S. 70.

102) Vgl. Ministerswo ekonomiki Respubliki Belarus: Problemy razwitija nacionalnoj ekonomoki Belarusi, Minsk 2002, S. 6ff.

103) Vgl. Kiselov, Igor: Weißrussland als Brücke zwischen Ost und West – Landestypische Eigenschaften für eine soziale und marktwirtschaftliche Entwicklung, in: Wagner, Dieter (Hg.): Bewältigung des ökonomischen Wandels – Entwicklungen der Transformationsforschung in Ost und West, München / Meing 1997, S. 261 – 267. hier S. 264.

in denen nur ein geringer Teil der Befragten (ca. fünf Prozent) die Kapitalbildung – Erwerb eines Grundstückes oder Betriebes, Sparen zum Zweck der Geldanlage – als Motiv der Berufstätigkeit nennt. Im Gegensatz dazu erwartet die Mehrheit der Befragten eine abgesicherte Befriedigung ihrer materiellen Grundbedürfnisse durch den Staat. Die Bevölkerung hat kein Interesse daran, die Eigentumsverhältnisse zu ändern und der Bevormundung des Staates zu entfliehen. Der Großteil belarussischer Bürger ist gegenwärtig nicht an liberalen Grundwerten interessiert. Anders gesagt, die belarussischen Bürger wissen nicht, was man mit Privateigentum anfangen und wie man es produktiv einsetzen kann. Die halbherzige Privatisierung von Staatseigentum auf Wertpapierbasis, die in der Republik durchgeführt wird, findet deshalb keine Zustimmung in der breiten Bevölkerung. Das erschwert die Bildung einer gesellschaftlichen Mittelschicht.

Dennoch entwickelt sich ein privates Unternehmertum, wenn auch in geringem Maße. Wenn allerdings Privatunternehmen sich am Wirtschaftsleben beteiligen wollen, stoßen sie auf negative Erscheinungen wie Korruption, hohe Kriminalität, eine unvollständige Gesetzgebung und ein hohes Unternehmerrisiko. Deshalb ist das Sozial- und Rechtsempfinden vieler Unternehmer auch gering ausgeprägt.[105] Dies sorgt seinerseits dafür, dass sich in der belarussischen Gesellschaft ein negatives Bild vom Unternehmer hält. Landesweite Umfragen[106] zeigen, dass dem typischen Unternehmer von der belarussischen Bevölkerung vor allem Profitgier, Hang zu Betrügerei, Skrupellosigkeit in der Wahl der Mittel, Unehrenhaftigkeit und fehlendes Engagement für wohltätige Zwecke zugeschrieben werden, aber auch Fleiß, Geschäftsinn und Initiative. Privates Unternehmertum als eine neue soziale Gruppe, die zur schnellen und effektiven Anpassung an veränderte sozioökonomische Bedingungen fähig ist, wird jedoch traditionell nicht als positive Kraft betrachtet, die zur Entwicklung der ganzen Gesellschaft beiträgt.

Diese Haltung ist einerseits dem Erbe der sowjetischen Mentalität zu verdanken, andererseits wird sie auch durch die gegenwärtige offizielle Propaganda verstärkt. So betrachten in Belarus heute sowohl die Bevölkerung als auch die Regierung Unternehmer als "Gaunerbande, Raffer und lausiges Gesindel"[107]. Diesem negativen Image wirken die Unternehmer kaum entgegen. Nur sechszehn Prozent sind in Unternehmerverbänden organisiert, die übrigen ziehen es vor, sich mit den Behörden zu "einigen"[108].

---

104) Hierzu: Institut privatizacii i menedzmenta (IPM) Minsk, 2004, zitiert nach Rakava, Alena: Gegen den Strom. Belarussische Kleinunternehmen, a. a. O.,S. 80.

105) Vgl. Balaschewitsch, Michail: Einfluss staatlicher Politik auf die Entwicklung von kleinen und mittleren Betrieben in der Republik Belarus, in: Wagner, Dieter (Hg.): Bewältigung des ökonomischen Wandels – Entwicklungen der Transformationsforschung in Ost und West, a. a. O., S. 245 – 253, hier S. 250ff.

106) Hierzu: Nezavisimyj Institut sozialno – ekonomicheskich i politicheskich issledovanij (Unabhängiges Institut für sozioökonomische und politische Studien, NISEPI), zitiert nach Rakava, Alena: Gegen den Strom. Belarussische Kleinunternehmen, a. a. O., S. 81.

107) Rakava, Alena: Gegen den Strom. Belarussische Kleinunternehmen, a. a. O., S. 81.

108) "Einigen" heißt hier, die Zahlung von Schmiergelder bei Erhalt lukrativer Aufträge, der sogenannte *otkat.* Nach den Daten der Umfrage (IPM, Minsk 2003) sehen sich 47 Prozent der Geschäftsführer privater Unternehmen gezwungen, bei Geschäftsabschluss eine Provision zu zahlen (zwölf Prozent bei jedem Abschluss, zwanzig Prozent bei jedem zweiten). Dabei müssen

4.3.2. Polen: "Ein unternehmerisches Engagement der Gesellschaft"

Durch die Liberalisierung des Marktzutritts zu Transformationsbeginn hatten die polnischen Bürger die Freiheit wiedererlangt, sich für eine selbstständige Tätigkeit zu entscheiden. Allerdings waren in Polen bereits im Realsozialismus bestimmte marktwirtschaftliche Elemente entstanden. Das Land hatte 1989 den höchsten Anteil des Privatsektors an der Volkswirtschaft (ca. zwanzig Prozent), insbesondere in der Landwirtschaft. Bereits 1987 begann die Nomenklatura, sich wirtschaftliches Eigentum übertragen zu lassen. Dies hatte – neben der umfangreichen Schattenwirtschaft – zur Konsequenz, dass bereits zu Beginn des Umbruchs marktwirtschaftliche Mentalitäten in Polen weit verbreitet waren.[109]

Offizielle Verlautbarungen über die Anzahl der Gewerbeanmeldungen nach dem Umbruch sind beeindruckend: Sie liegen in Polen bei ungefähr 2,2 Millionen neuer Unternehmer. Obwohl nicht mit jeder Gewerbeanmeldung auch eine unternehmerische Tätigkeit mit dem Zweck der Umsetzung marktfähiger Ideen und Produkte verbunden ist: In Polen sind nur ca. 30 Prozent der registrierten Gewerbetreibenden hauptberuflich unternehmerisch tätig. Unter den gemeldeten Unternehmern finden sich auch viele Rentner, Arbeitslose und "Feierabendunternehmer", die sich ein zusätzliches Einkommen sichern wollen oder Scheinselbständige, die Steuervorteile haben wollen oder durch die "Selbstbestimmung ihrer Einkommenshöhe" geringere Sozialbeiträge zahlen wollen. Die hohe Unternehmensdichte ist daher auf die Bereitschaft der Bevölkerung zur unternehmerischen Tätigkeit und auf die bestehenden Anreizstrukturen zurückzuführen. Die Zahlen über das Gründungsgeschehen dokumentieren gleichwohl, dass der formale Marktzugang recht unproblematisch ist.[110]

Ein Vergleich der volkswirtschaftlichen Position der KMU in hochentwickelten Volkswirtschaften mit jenen in Polen zeigt, dass sich dort eine durchaus vergleichbare Unternehmensstruktur herausgebildet hat.[111] Der Beschäftigungsanteil der KMU ist in Polen mit beinahe 60 Prozent vergleichsweise hoch. Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass eine marktwirtschaftliche Mentalität und ein unternehmerisches Engagement in der Bevölkerung zu beobachten ist.

---

um so öfter Schmiergelder gezahlt werden, je größer die Firma ist. Während kleine Firmen bei etwa jedem dritten Geschäft in ungefähr 40 Prozent der fälle mit dieser Entscheidung konfrontiert sind, sind es große Firmen in 60 Prozent der Fälle.

109) Vgl. Franzke, Jochen: Polen – eine Zwischenbilanz der Systemtransformation, a. a. O., S. 286.

110) Vgl. Freitag, Arina: Barrieren für den Mittelstand in Polen, in: WeltTrends 2000/27, S. 79 – 94, hier S. 80ff.

111) Anteil der registrierten KMU an der Gesamtzahl der Unternehmen: USA – 99,7 Prozent; UK – 99,9 Prozent; DE – 99,7 Prozent; PL – 99 Prozent. Beschäftigungsanteil der KMU: USA – 54 Prozent; UK – 67 Prozent; DE – 66 Prozent; PL – 59 Prozent. Beitrag der KMU zum BIP: USA – 48 Prozent; UK – 30 Prozent; DE – 35 Prozent; PL – 30 Prozent. Quelle: OECD 1998, zitiert nach Freitag, Arina: Barrieren für den Mittelstand in Polen, a. a. O., S. 84.

4.4. Internationale Integration oder Isolation?

Außer innenpolitischen Faktoren spielen auch internationale Bedingungen bei der Durchführung einer erfolgreichen Transformation eine bedeutende Rolle. Claus Offe führt aus, dass die einzige Bedingung "unter der Marktwirtschaft und Demokratie gleichzeitig implantiert werden und gedeihen können" jene ist, in der beide "einer Gesellschaft von außen aufgezwungen und durch internationale Abhängigkeitsverhältnisse für längere Zeit garantiert werden"[112]. Im Zusammenhang mit der Integration der mittel- und osteuropäischen Staaten werden drei bedeutende Organisationsstrukturen genannt: Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und der Europarat, welchem die osteuropäischen Länder in einem ersten Schritt beitraten, sowie vor allem die Europäische Union (EU), in der die Staaten Mittel- und Osteuropas mit wenigen Ausnahmen ihren Platz suchen.[113] Es ist zu beobachten, dass die Integration der postsozialistischen Staaten in die EU deren Transformationsprozesse in Richtung Demokratie und Marktwirtschaft fördert.

4.4.1. Belarus: Eine vollständige Isolation

"Der Westen führt Krieg gegen uns."[114]

Nach zwölfjähriger Existenz als selbständiger Staat hat Belarus noch nicht den Anschluss an die europäische Integration gefunden. Mit dem Beitritt Polens zur NATO und zur EU trennt eine 412 km lange Grenze die erweiterte Europäische Union von Belarus.

Belarus zählt unter den Mitgliedern der OSZE neben den autoritären zentralasiatischen Regimen zu den Sorgekindern.[115] Das Problem besteht nicht in sicherheitspolitischen Risiken, zumal die NATO Belarus in das "Partnership for Peace-Programm", welches als Instrument des Risikoabbaus gedacht war, einbezogen hatte. Schwierigkeiten liegen eher an dem kritischen Abstand der belarussischen Führung zur EU, OSZE sowie dem Europarat, zumal diese für Lukaschenka inakzeptable Orientierung des Landes an europäischen Werten und demokratischen Prinzipien zur Voraussetzung einer Normalisierung machten.[116]

Im Ergebnis des Volksreferendums unter Bruch der Verfassung vom November 1996 wurde von Brüssel 1997 eine Kontaktsperre über Belarus verhängt. Die europäische Diplomatie wurde zusätzlich belastet als Präsident Lukaschenka im Frühjahr 1998 zahlreiche EU-Botschaftsresidenzen in Besitz nahm.[117] Das 1995 erarbeitete Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PCA) zwischen der EU

112) Offe, Claus, Der Tunnel am Ende des Lichts. Erkundungen der politischen Transformation im Neuen Osten, a. a. O., S. 283.

113) Vgl. Dahrendorf, Ralf: Die Sache mit der Nation, in: Jeismann, Michael / Ritter, Henning (Hg.): Grenzfälle. Über neuen und alten Nationalismus, Leipzig 1993, S. 101 – 118, hier S. 116.

114) Belarus´ Präsident Alexander Lukaschenko, in: Spiegel, Nr. 50, 8.12.03, S. 151 – 153.

115) Vgl. Lindner, Rainer: Am Ende des Lateins? In: Osteuropa 2004/2, S. 195 – 206, hier S. 200.

116) Vgl. Timmermann, Heinz: Die Republik Belarus, in: Piehl, Ernst / Schulze, Peter W. / Timmermann, Heinz (Hg.): Die offene Flanke der Europäischen Union, S. 299.

117) Ebenda, S. 201.

und Belarus ist bis heute nicht ratifiziert, obwohl das Außenministerium bis zum Herbst 2002 als "langfristiges strategisches Ziel" die "Assoziierte Mitgliedschaft und in der Perspektive der Beitritt der Republik Belarus zur EU" formulierte. "Angesichts der Erweiterung der EU nach Osten besitzt für Belarus die Annährung an die EU, die schon heute einer der wichtigsten Handelspartner der Republik Belarus ist, erstrangige Bedeutung."[118] Der damalige Außenminister Ural Latypau initiierte zwischen 1999 und 2002 eine "Interministerielle Kommission für die Teilnahme der Republik Belarus an den Prozessen der europäischen Integration", die das Konzept der "verantwortlichen Nachbarschaft" ausarbeitete, das vor allem Sicherheitsaspekte und Handelsbeziehungen beinhaltete.[119] Präsident Lukaschenka selbst hat im Gegensatz zu seinem Außenministerium eine Beitrittsperspektive ausgeschlossen.

Hinzu kam die zunehmende Entkopplung der politischen Kultur von den Standards des Europarates, die vor allem in der Reglementierung der Medien und Meinungsfreiheiten sowie der Tätigkeit der Nichtregierungsorganisationen zu beobachten ist. Die EU hat aber erkennen lassen, dass "sie bereit sei, ihre Beziehungen zu Belarus zu normalisieren, sobald eine schrittweise Übernahme der Europarats-Standards für Demokratie und Menschenrechte in Belarus sichtbar werde"[120].

4.4.2. Polen: Ein neues Mitglied der EU

> *"Polen ist in der EU! Der Traum vieler Polen ist in Erfüllung gegangen. Wir kehren in die europäische Familie zurück."*[121]

Seit der politischen Wende 1989 haben alle polnischen Regierungen die Integration in westliche Organisationen verfolgt, und zwar sowohl in den Europarat, in die OSZE, in die NATO als auch in die Europäische Union. Dabei ging es um die Sicherheit des Landes, aber auch um wirtschaftliche Belange. Gerade der EU-Beitritt wirkte als großer Anschubfaktor und Katalysator für die ohnehin notwendigen Wirtschaftsreformen, und man hatte gleichzeitig eine Unterstützung dieses Transformationsprozesses durch EU-Hilfen.[122]

Polens Weg in die EU hatte am 16. Dezember 1991 mit der Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens begonnen. Der Kopenhagener EU-Gipfel von 1993 sprach sich grundsätzlich für die Aufnahme der assoziierten Länder Mittel- und Osteuropas als Vollmitglieder aus und legte die Kriterien zur Integration von Kandidaten fest: Demokratie und Rechtstaatlichkeit, funktionierende Marktwirtschaft,

---

118) Ulachovich Viktar E.: Belarus i Evropejskij Sojuz: desjat let sotrudnichestva, in: Aktual´nye voprosy mezhdunarodnych otnoshenij i vneshnej politiki Belarusi, Minsk 2003, S. 98 – 127, hier S. 107.

119) Ebenda, S. 107ff.

120) Lindner, Rainer: Am Ende des Lateins? In: Oateuropa 2004/2, S. 195 – 206, hier S. 202.

121) Der polnische Präsident Kwasniewski, zitiert nach Jäger-Dabek, Brigitte: Polen. Eine Nachbarschaftskunde für Deutsche, Berlin 2003, S. 143.

122) Zum PHARE-Programm vgl. Geißler, Frank: Transformation und Kooperation. Die ostmitteleuropäischen Systemumbrüche als kooperationspolitische Herausforderung der EG, Baden-Baden 1995, S. 116 – 128.

Wettbewerbsfähigkeit im Binnenmarkt, Übernahme aller Vorschriften des in der EU geltenden Rechts und Übereinstimmung mit den Zielen der Wirtschafts- und Währungsunion sowie der politischen Union. Auf dem Luxemburger Gipfel fasste die EU 1997 den Beschluss, vom Jahre 1998 an Verhandlungen mit Polen und fünf weiteren Ländern aufzunehmen.

Trotz der brisanten Fragen über die Landwirtschaft, die Strukturhilfe für die ärmeren Regionen, daneben auch über die geforderte Freizügigkeit polnischer Arbeitnehmer auf dem EU-Binnenmarkt sowie den Bodenerwerb durch Ausländer in Polen wurden die Beitrittsverhandlungen erfolgreich abgeschlossen. Am 7. und 8. Juni 2003 fand in Polen das Referendum über den Beitritt des Landes statt. Der Sieg der EU-Befürworter war deutlich, mehr als drei Viertel aller Polen sprachen sich für den Beitritt aus, dabei wurde auch die notwendige Wahlbeteiligung mit 58 Prozent erreicht. Somit ist Polen am 1. Mai 2004 zu einem Mitglied der EU geworden.

5. Schlussbetrachtung

Die Wandlungsprozesse in Mittel- und Osteuropa gehören zu den politisch relevanten und analytisch spannenden Herausforderungen der Gegenwart, von deren Gelingen die Zukunft ganz Europas maßgeblich abhängt. Die Richtigkeit dieser durch zahlreiche Publikationen untermauerten Feststellung würde heute kaum jemand bestreiten.

Die aktuelle Transformationsforschung hebt freilich hervor, dass die Problemstellungen heute einzigartig sind und kaum mit denen der vorangegangenen Demokratisierungswellen verglichen werden können. Eine Grundschwierigkeit Mittel- und Osteuropas besteht in der Notwendigkeit, die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Systemtransformation gleichzeitig lösen zu müssen, während etwa in Südeuropa nur das politische, nicht aber das ökonomische System transformiert werden musste, da eine funktionierende Marktwirtschaft und vor allem eine breite Unternehmerschicht vorhanden war.

Angesichts der problemträchtigen Ausgangssituation musste mit Komplikationen auf dem Weg zu Demokratie und Marktwirtschaft gerechnet werden. Tatsächlich tun sich etliche Staaten mit der Etablierung und Konsolidierung einer Demokratie schwer, wie die Entwicklung etwa in Belarus nachdrücklich belegt.

Auf die Frage, welche Faktoren für einen erfolgreichen Reformprozess von Bedeutung sind und warum Polen trotz weitgehend ähnlicher Ausgangsbedingungen wesentlich erfolgreicher im Reformprozess ist als Belarus, lassen sich vier Faktoren zusammenfassen und in einen plausiblen Zusammenhang mit den Wandlungsprozessen in Belarus und Polen bringen:

- nationale Identität
- Elitenwechsel
- marktwirtschaftliche Mentalität
- Internationale Verflechtung

Diese Faktoren kommen sowohl als Ursache für die Entstehung als auch als Ursache für die Stabilität von Demokratien in Betracht. Verallgemeinernd lässt sich allerdings sagen, dass die einzelnen Faktoren immer in Kombination wirken, und da wo sie ein unterschiedliches Gewicht besitzen, sich gegenseitig verstärken oder einander entgegenwirken können. In Polen hat nationale Identität hat zum Beispiel insofern ursächlich zur Demokratisierung beigetragen, als sie Grundlage für die Herausbildung einer aktiven Zivilgesellschaft und für einen Wertewandel in Richtung der Wertschätzung politischer Freiheiten war. Dieser Wertewandel war Grundlage dafür, dass sich im richtigen Moment eine demokratische Massenbewegung auf den Straßen versammelte und die Eliten zwang, eine Arrangement zur Demokratisierung des Landes zu treffen.

Offensichtlich scheint auch ein Elitenwechsel, wie er in Polen stattfand, für Reformen von Vorteil zu sein. In Belarus stellte sich mit dem meist reformfeindlichen, kommunistisch dominierten Parlament die Volksvertretung eher als Hindernis im Reformprozess dar. Die politischen Akteure hatten zudem in Belarus einen größeren Spielraum als in Polen, da sie weniger durch eine zivilgesellschaftliche Kontrolle eingeengt waren.

Von Bedeutung ist die Unterstützung der Reformen durch das Volk. Dabei spielt die Akzeptanz der Wirtschaftsreformen und die Herausbildung einer Mittelschicht eine wichtige Rolle. In Belarus konnte sich unter dem Aspekt der eher ungünstigen Kontextbedingungen mit einer langen kollektivistischen Tradition und dem nachhaltigen kommunistischen Erbe keine marktwirtschaftliche Mentalität herausbilden, die für das Funktionieren des marktwirtschaftlichen Systems aber Voraussetzung ist.

Wichtig sind schließlich internationale Einflussfaktoren. Eine internationale Verflechtung hilft den Transformationsländern ihre neue Demokratien und Marktwirtschaften zu stabilisieren. Die positive Reformentwicklung in Polen eröffnete für das Land den Weg zur europäischen Integration und damit zu einer erfolgreichen Transformation. Dem gegenüber bewirkt der durch die Selbstisolierung verursachte Rückfall Belarus – der angesichts der rasanten weltweiten Entwicklungen umso fataler ist – eine Abschottung des Landes, die langfristig wahrscheinlich nicht aufrecht erhalten werden kann. Schon jetzt sieht man sich auch in Belarus gezwungen, die Transformation zu vollziehen. Hoffentlich wird man dabei nicht auf schmerzliche Weise erfahren müssen, was Gorbatschow 1989 mahnend aussprach: "Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben".[123]

123) Zitiert nach Gail Sheehy: Gorbatschow. Der Man, der die Welt verändert hat, Reinbek bei Hamburg 1992, S. 241.

SCHIFF – texte

Can be ordered free of charge from SHIP

Nr. 68 *Ulrike Kronfeld-Goharani:*
Die Umweltschäden und Entsorgungsprobleme des russischen Nuklearkomplexes (56 S.)

Nr. 69 *Gabriele Kötschau, Heinz Timmermann, Uta Zapf:*
Belarus: Ein Außenseiter in der Ostseeregion (34 S.)

Nr. 70 *Ursel Hoppe:*
Perspektiven der Ostseekooperation nach der EU-Erweiterung. Von einer neuen Phase der regionalen Zusammenarbeit? (16 S.)

Nr: 71 Annual Report of SHIP for 2002

Nr. 72 *Hanne-Margret Birckenbach:*
Für ein Europäisches Haus in Kaliningrad. Internationale Organisationen und die Zukunft der russischen Oblast (16 S.)

Nr. 73 *Silke Schielberg:*
Die Ambivalenz der neuen EU-Außengrenze. Konsequenzen für die Ostseekooperation? (32 S.)

Nr. 74 Annual Report of Ship for 2003

Nr. 75 *Jürgen Schöning und Manfred Ritzek:*
Die Ostsee-Parlamentarierkonferenz und ihre Weiterentwicklung (16 S.)

Nr. 76 *Hanne-Margret Birckenbach:*
Selbstbindungen neu entdecken. Europa muss sich hinterfragen lassen (12 S.)

Nr. 77 *Gerhard Stahl:*
Regionale Kooperation im europäischen Vergleich. Ostsee- und Mittelmeerzusammenarbeit in der der europäischen Union (12 S.)

Nr. 78 Annual Report of SHIP for 2004

SCHIFF – texte Spezial

Can be ordered free of charge from SHIP

Aude Thoumine:
Internationale Sommerakademie "The Baltic Sea Region in the New Europe"
Bericht 2001 (58 S.)

Hanne-Margret Birkenbach & Christian Wellmann (eds.):
Civil Society around the Baltic Rim – edited on occasion of the 10th Baltic Sea Parliamentarian Conference by order of the Standing Committee of the BSPC; Kiel 2001 (56 S.)

Aude Thoumine und Cécile Fischer:
Die Internationale Sommerakademie 2002 – 2004 "The Baltic Sea Region in the New Europe" (44 S.)

Kiel Peace Research Series (Kieler Schriften zur Friedenswissenschaft)

(Lit. Publ.,Münster/Hamburg/London; order via your Book store)

Vol. 08 *Christian Wellmann:*
From Town to Town - Local Authorities as Transnational Actors. 1998, 266 pp., EUR 19,90 (ISBN 3-8258-3249-x)

Vol. 09 *Vadim Poleshchuk:*
Advice not welcomed - Recommendations of the OSCE High Commissioner to Estonia and Latvia and the Response. 2001, 115 pp., EUR 12,90 (ISBN 3-8258-5700-x)

Vol. 10 *Hanne-Margret Birckenbach / Christian Wellmann (eds.):*
The Kaliningrad Challenge - Options and Recommendations. 2003, 298 pp. EUR 25,90 (ISBN 3-8258-6650-5)

Vol. 11 *Leonid Karabeshkin / Christian Wellmann:*
The Russian Domestic Debate on Kaliningrad - Integrity, Identity and Economy. 2004, 104 pp. EUR 12,90 (ISBN 3-8258-7952-6)